

Bauvolumen kehrt zurück auf Wachstumskurs



BERICHT von Martin Gornig und Hendrik Hagedorn

Bauwirtschaft:

Neubau profitiert von der Krise im Euroraum 3

INTERVIEW mit Hendrik Hagedorn

»Flucht in Sachwerte stützt Immobilienwirtschaft« 11

BERICHT von Georg Erber und Harald Hagemann

Deutschlands Wachstums- und Investitionsdynamik
nach der globalen Finanzkrise 12

AM AKTUELLEN RAND Kommentar von Mechthild Schrooten

Bankenkrise und staatliche Verschuldungskrise –
ein Teufelskreis 28



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
14. November 2012

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Simon Junker
Florian Mölders

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

„Gemeinsame Verkehrspolitik

Ende Oktober beriet der Verkehrsministerrat der EWG-Staaten wieder über Fragen der gemeinsamen Verkehrspolitik. Gegenstand der Beratung waren u. a. die Tarifpolitik, die Kontingente des Güterkraftverkehrs, die Maße und Gewichte von Lastkraftwagen sowie der Verordnungsentwurf über die Aussetzung der Wettbewerbsregeln des EWG-Vertrags.

Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft fordert im Titel IV auch eine gemeinsame Verkehrspolitik der sechs beteiligten Staaten, gibt aber kein Konzept, sondern beschränkt sich auf wenige Grundsätze und Forderungen, die für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes als besonders wichtig angesehen werden. Hierzu gehören u. a. eine gemeinsame Regelung des internationalen Verkehrs, die Zulassung von Ausländern zum inländischen Verkehr, die Abschaffung unterschiedlicher Tarife je nach Herkunftsland der Güter. Außerdem wird noch festgelegt, daß Titel IV nur für die Eisenbahn, die Binnenschifffahrt und den Straßenverkehr anzuwenden ist. Ob für die im Titel IV nicht angesprochenen Verkehrszweige Seeschifffahrt, Luftverkehr, Pipelinetransport die sonstigen Bestimmungen des EWG-Vertrags gelten, ist noch ungeklärt.

Es mutet auf den ersten Blick merkwürdig an, daß es angesichts der seit langem für den Verkehr bestehenden internationalen Abmachungen – das Verkehrswesen gehört in Europa zu den am stärksten integrierten Wirtschaftsbereichen – nicht möglich war, bei dem Vertragsentwurf auch eine gemeinsame Verkehrspolitik zu formulieren. Eine nähere Betrachtung zeigt aber, daß in allen Teilnehmerstaaten der Verkehr stärker reglementiert ist als andere Wirtschaftsbereiche, auch weichen die verkehrspolitischen Anschauungen beträchtlich voneinander ab.

Wochenbericht Nr. 46 vom 16. November 1962

Bauwirtschaft: Neubau profitiert von der Krise im Euroraum

Von Martin Gornig und Hendrik Hagedorn

Die Konjunkturaussichten für die deutsche Bauwirtschaft hellen sich nach einer Stagnation im Jahr 2012 für das kommende Jahr wieder auf. Das DIW Berlin erwartet ein nominales Wachstum des Bauvolumens von fünf Prozent. Real, also abzüglich der Preissteigerungsrate, dürfte das Bauvolumen 2013 um zwei Prozent wachsen. Dies liegt vor allem an der erwarteten Normalisierung der Auftragslage im öffentlichen Bau nach einem starken Einbruch im laufenden Jahr.

Das Bauhauptgewerbe dürfte vom Aufschwung der Bauwirtschaft am stärksten profitieren. Neben der Erholung des öffentlichen Baus wirkt sich hier auch die steigende Neubautätigkeit bei Wohnungen aus, die auf dem Wunsch vieler Anleger nach sicheren Anlageformen beruht. Im Wohnungsbestand ist hingegen aufgrund unklarer Förderbedingungen derzeit wenig Bewegung. Auch im gewerblichen Bau sind die Aussichten aufgrund der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Situation eher verhalten.

Die Bauvolumensrechnung des DIW Berlin bezieht sich auf die Produktion im Bausektor. Neben dem Baugewerbe im engeren Sinne berücksichtigt sie weitere Branchen wie den Stahl- und Leichtmetallbau, die Herstellung von Fertigtbauten, die Bauschlosserei sowie Planungsleistungen und andere Dienstleistungen. Die Abgrenzung orientiert sich weitgehend an der Definition der Bauinvestitionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, mit dem Unterschied, dass im Bauvolumen auch nicht werterhöhende Reparaturen einbezogen sind.¹

Das DIW Berlin berechnet jährlich den Wert von Baumaßnahmen im Neubau und im Bestand (Kasten). Die Berechnungen zum Neubauvolumen basieren auf detaillierten Modellrechnungen, während die Maßnahmen im Gebäudebestand durch eine Differenzrechnung erfasst werden. Die Größenordnung der Bestandsmaßnahmen wurde jüngst durch Hochrechnungen von Befragungsergebnissen des Marktforschungsunternehmens *Heinze GmbH* betätigt.²

Wohnungsbau weiter im Aufwind

Das Wohnungsbauvolumen stieg von 152 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 166 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Damit setzte sich der langjährige Aufwärtstrend der Wohnungsbautätigkeit fort. Insbesondere aber der Anteil des Neubaus am Wohnungsbauvolumen stieg 2011 von 22 auf 25 Prozent, nachdem er seit 2005 jedes Jahr gesunken war (Tabelle 1).

Neben der Expansion im Neubau war dafür auch die Zurückhaltung der Eigentümer im Bereich der energetischen Sanierungen verantwortlich, welche wohl vor allem auf regulatorische Unsicherheiten zurückzuführen war. Denn mit dem Gesetzentwurf zur Einführung von

¹ Gornig, M., Görzig, B., Hagedorn, H., Steinke, H., Zambre, V. (2012): Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2011. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), BMVBS-Online-Publikation Nr. 21/2012.

² Hotze, S., Kaiser, C., Tiller, C. (2011): Struktur der Investitionstätigkeit in den Wohnungs- und Nichtwohnungsbeständen. Heinze GmbH, Celle.

Kasten

Methoden des DIW Berlin zur Prognose des Bauvolumens

Die Prognose der Entwicklungstendenzen im Bauvolumen ist eingebettet in die gesamtwirtschaftliche Konjunkturprognose des DIW Berlin.¹ Entsprechend werden in einer ersten Stufe Projektionen der Bauinvestitionen vorgenommen, die konsistent im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt werden können. Die Grundlage für die Prognose der Bauinvestitionen selbst bilden indikatorengestützte statistische Modelle. Dazu wird die zu prognostizierende Größe, also etwa das Volumen der gewerblichen Bauten, auf einen autoregressiven Term und verzögerte Werte des jeweiligen Indikators regressiert. Die Prognosegleichung nimmt dann generell folgende Form an:

$$y_t = \alpha + \sum_{i=1}^n \beta_i y_{t-i} + \sum_{j=1}^m \gamma_j x_{t-j} + \varepsilon_t$$

Hierbei stehen y_t für den zu prognostizierenden Wert, x_t für den Indikator und ε_t für den statistischen Störterm. Die Parameter α , β_i und γ_j werden geschätzt.

Die Verzögerungslängen n und m (Jahre) werden anhand der Autokorrelations- beziehungsweise der Kreuzkorrelationsfunktion bestimmt. Zusätzlich werden die unterschiedlichen Spezifikationen anhand von Informationskriterien bewertet.

Die Prognosegüte wird anhand von Ex-Post-Prognosen überprüft. Die Spezifikationen mit der geringsten quadratischen Abweichung der Prognosewerte von den tatsächlichen Werten werden dann zur Prognose verwendet.

Als geeignete Indikatoren für die Prognose des Wohnungsbaus haben sich die Auftragsbestände und die Baugenehmigungen im Wohnungsbau erwiesen, während für den Wirtschaftsbau die Ausrüstungsinvestitionen, die Kapazitätsauslastung sowie die Aufträge beziehungsweise die Baugenehmigungen für Nicht-Wohnungsbauten in Frage kommen.² Der öffentliche Bau wird hingegen nicht mit Hilfe von Indikatoren bestimmt, sondern aus der Prognose des Staatskontos abgeleitet, wobei sowohl die Einnahmen des Staates als auch angekündigte Konjunkturprogramme berücksichtigt werden.

Die einzelnen Indikatoren führen zu teilweise recht unterschiedlichen Ergebnissen. Darüber hinaus sind die Bauinvestitionen stark durch rechtliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel den Wegfall der Eigenheimzulage, geprägt, deren Änderungen in diesen Modellen nur unzureichend abgebildet werden können. Deshalb dienen diese statistischen Verfahren nur als Anhaltspunkt für die Prognose. Das Bild für die einzelnen Aggregate der Bauinvestitionen wird dann in einem nächsten Schritt mit den übrigen Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmt.

Im letzten Schritt werden die Prognoseergebnisse in das Schema der Bauvolumensrechnung übertragen. Dazu werden unter Beachtung der Besonderheiten nichtinvestiver Bauleistungen im Konjunkturverlauf die nachfrageseitigen Entwicklungstrends berücksichtigt. Zur Differenzierung nach weiteren strukturellen Merkmalen werden die stärker untergliederten Informationen zu den Baugenehmigungen und zum Auftragsbestand herangezogen. So lassen sich unterschiedliche Entwicklungen zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen einzelnen Produzentengruppen, wie dem Bauhaupt- und dem Ausbaugewerbe, schätzen.

¹ Vgl. zur Methode zum Beispiel Rapach, D.E., Wohar M.E. (2007): Forecasting the Recent Behaviour of U.S. Business Fixed Investment Spending: An Analysis of Competing Models. Journal of Forecasting, Vol. 26, 33-51. Aktuelle Ergebnisse finden sich in Fichtner, F. et al. (2012): Herbstgrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 40/2012.

² Vgl. Döpke, J. et al. (1999): Indikatoren zur Prognose der Investitionen in Deutschland. Kieler Arbeitspapier Nr. 906.

Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Gebäudesanierungen wurden den Bauherren Einsparmöglichkeiten in Aussicht gestellt, die aufgrund des Widerstands der Bundesländer im Bundesrat allerdings noch nicht verwirklicht werden konnten. Hinzu kam, dass der Bundeszuschuss an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung energieeffizienten Bauens und Sanierens 2011 mit knapp einer Milliarde Euro vergleichsweise gering ausfiel.³ Vor diesem Hintergrund entwickelten

sich die Bestandsmaßnahmen 2011 bei weitem nicht so dynamisch wie der Neubau, der nominal im vergangenen Jahr um rund ein Viertel gestiegen ist. Bei den Bestandsmaßnahmen betrug der Zuwachs lediglich fünf Prozent.

Die ungleichförmige Entwicklung des letzten Jahres dürfte sich 2012 in ähnlicher Weise fortsetzen, denn nach wie vor berät der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat über etwaige Sonderabschreibungen, sodass die Unsicherheiten bezüglich der Investitionen in Bestandsimmobilien vorerst bestehen bleiben. Auch die Umsatzzahlen der Unternehmen deuten auf

³ Siehe Gornig, M., Hagedorn, H. (2011): Unsichere Förderung bremst Bauboom. DIW Wochenbericht Nr. 48/2011.

Tabelle 1

Struktur der Wohnungsbauleistungen in Deutschland

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Zu jeweiligen Preisen in Milliarden Euro							
Neubauvolumen ¹	44,26	45,77	37,03	32,16	31,39	32,90	40,81
Eigenheimbau	35,62	36,19	28,31	23,99	23,00	24,16	29,29
Geschloßwohnungsbau	8,64	9,58	8,72	8,17	8,39	8,74	11,52
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	82,54	89,22	104,99	112,41	111,97	118,88	125,34
Wohnungsbauvolumen insgesamt	126,80	134,99	142,02	144,57	143,36	151,78	166,15
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent							
Neubauvolumen ¹	-	3,4	-19,1	-13,2	-2,4	4,8	24,0
Eigenheimbau	-	1,6	-21,8	-15,3	-4,1	5,0	21,2
Geschloßwohnungsbau	-	10,9	-9,0	-6,3	2,7	4,2	31,8
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	-	8,1	17,7	7,1	-0,4	6,2	5,4
Wohnungsbauvolumen insgesamt	-	6,5	5,2	1,8	-0,8	5,9	9,5
Struktur in Prozent							
Neubauvolumen ¹	35	34	26	22	22	22	25
Eigenheimbau	28	27	20	17	16	16	18
Geschloßwohnungsbau	7	7	6	6	6	6	7
Bauleistung an bestehenden Gebäuden ²	65	66	74	78	78	78	75
Wohnungsbauvolumen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

1 Geschätzt über veranschlagte Baukosten (Bautätigkeitsstatistik), ergänzt um Zuschläge für Architektenleistungen und Gebühren, Außenanlagen und Eigenleistungen der Investoren.

2 Gebäude- und Wohnungsmodernisierung (auch Um- und Ausbaumaßnahmen) sowie Instandsetzungsleistungen des Baugewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bautätigkeitsstatistik; Bauvolumensrechnung des DIW Berlin; Architektenbefragung Heinze GmbH; Modellrechnung des DIW Berlin 2012.

© DIW Berlin 2012

Für den Anstieg des Wohnungsbauvolumens im vergangenen Jahr war in erster Linie das starke Plus bei den Neubauten verantwortlich.

eine anhaltende Diskrepanz zwischen Investitionen in Neubau und Bestand hin. Während die Umsätze im Bauhauptgewerbe im Bereich des Wohnungsbaus insgesamt weiter stiegen, war bei den Handwerksbetrieben des Sonstigen Ausbaugewerbes, welche einen großen Teil der Bauleistungen im Sanierungsbereich erbringen, im zweiten Quartal 2012 sogar ein Umsatzrückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen (Abbildung 1).

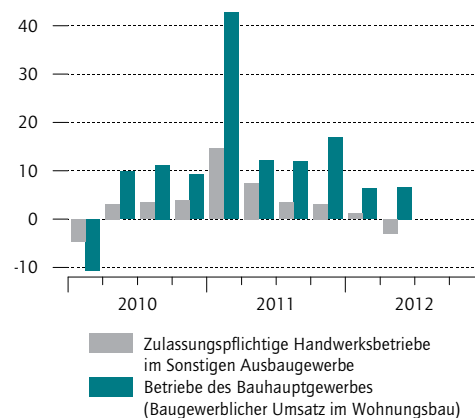
Zinsumfeld stützt Wohnungsbauinvestitionen

Ein wichtiger Grund für die unterschiedliche Entwicklung der Umsätze im Bauhaupt- und Sonstigen Ausbaugewerbe sind zudem die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen, die bei Neubauten aufgrund ihres größeren finanziellen Umfangs und eines dementsprechend höheren Anteils der Kreditfinanzierung stärker zum Tragen kommen. Das finanzielle Umfeld für Bauinvestitionen lässt sich durch das Zusammenspiel von Umlaufrendite, allgemeiner Teuerungsrate sowie der Zinsen für Wohnungsbaukredite beschreiben. Die Umlaufrendite lag in diesem Jahr durchgängig unter zwei Prozent, das Zinsniveau für Baugeld lag durchweg unter vier Prozent. Das bedeutet: Einerseits ist die Zinslast bei Bauvorhaben gering, andererseits ist die Rendite für alternative, festverzinsliche Anlagefor-

Abbildung 1

Umsätze im Baugewerbe

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

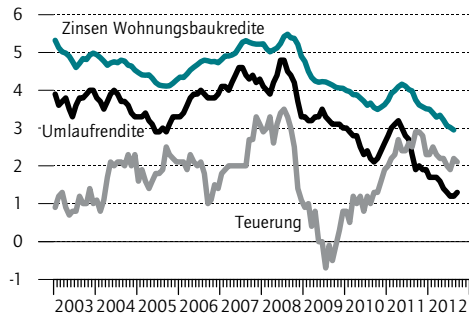
© DIW Berlin 2012

Die Umsatzzuwächse des Bauhauptgewerbes übersteigen jene des Ausbaugewerbes deutlich.

men vernachlässigbar. Diese liegt aktuell sogar unterhalb der allgemeinen Teuerung, sodass Anleger real gesehen Verluste erleiden (Abbildung 2). Im Ergebnis er-

Abbildung 2

Zinsumfeld und Teuerung
In Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2012

Weil die Teuerungsrate derzeit oberhalb der Umlaufrendite liegt, sind Bauinvestitionen besonders attraktiv.

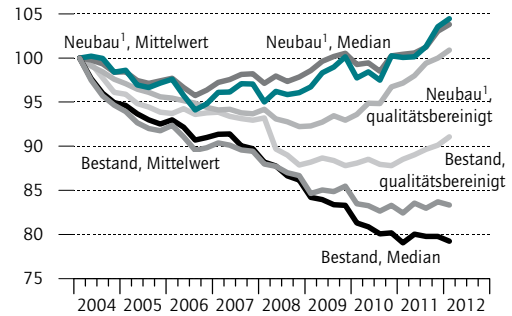
scheinen Wohnungsbauinvestitionen vielen Anlegern derzeit als günstig. Hinzu kommt die Erwartung, dass die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die von der Politik aufgelegten Rettungspakete für Krisenländer in der Eurozone mittelfristig zur Entwertung von Geldvermögen führen werden.

Dies schlägt sich nicht zuletzt auch auf dem Immobilienmarkt nieder. Gemäß den Berechnungen der *empirica AG* sind die Angebotspreise für neu gebaute Eigentumswohnungen im letzten Jahr um 2,8 Prozent gestiegen (Abbildung 3). Im ersten Quartal 2012 war sogar ein Preisanstieg von 4,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu beobachten. Dies deutet darauf hin, dass die Nachfrage nach neu gebauten Eigentumswohnungen stärker zunimmt als das Angebot, trotz reger Neubautätigkeit. Bemerkenswert ist außerdem, dass sich im letzten Jahr auch die statistische Verteilung der Preise verändert hat. Die entsprechende Standardabweichung und der Anteil der hochpreisigen Angebote sind gestiegen. So lag im Anfangsquartal 2012 der Mittelwert der Angebotspreise erstmals seit langem spürbar über dem mittleren Angebotspreis (Median).

Diese Verschiebungen im Preisgefüge lassen sich dadurch erklären, dass im letzten Jahr relativ viele zahlungskräftige Käufer aufgetreten sind, welche nach hochwertigen Objekten suchten. Auf diese Weise kam es vor allem bei Neubauten zu Preisbewegungen. Wichtiger noch: Wenn hochwertige Immobilien allgemein als dauerhafte Wertanlage gelten, dann werden sie nach einem Kauf nicht unmittelbar wieder zum Verkauf angeboten. Das Angebot auf dem Markt für hochwertige Bestandsimmobilien ist entsprechend gering, und die

Abbildung 3

Angebotspreise für Eigentumswohnungen
Index 1. Quartal 2004 = 100



1 Der Neubau umfasst die letzten drei Baujahrgänge.

Quelle: empirica AG.

© DIW Berlin 2012

Anders als beim Wohnungsbestand liegen die Angebotspreise für Neubauten heute über dem Niveau von 2004.

durchschnittliche Qualität der angebotenen Immobilien sinkt. Dementsprechend blieb das Preisniveau für Eigentumswohnungen aus dem Gebäudebestand in den letzten Jahren konstant. Werden die Preise allerdings um die Qualität der angebotenen Immobilien bereinigt, so ist auch im Gebäudebestand ein deutlicher Preisanstieg zu verzeichnen.

Dass die Qualität einer Immobilie und mithin ihre Lage entscheidend dafür ist, wie sehr sie vom Preisauftrieb betroffen ist, lässt sich anhand einer gesonderten Betrachtung der Preisindizes für Landkreise und kreisfreie Städte nachvollziehen. So sind die Preise für Neubauten in den kreisfreien Städten deutlich stärker gestiegen als in den peripheren Gebieten (Abbildung 4).⁴

In den vergangenen Jahren war trotz enormer Umsatzsteigerungen das Volumen der neu ausgegebenen Hypothekenkredite annähernd konstant (Abbildung 5). Es ist also vielmehr die Anlage von Eigenkapital, die den Liquiditätszufluss in die Immobilienmärkte bestimmt.⁵ Diese relativ geringe Kreditfinanzierung spricht für sich genommen gegen eine Immobilienblase. Auch die Größenordnung der beobachteten Preissteigerungen gibt keinen Anlass zur Besorgnis.⁶

4 Zur Heterogenität der Preisentwicklung in deutschen Großstädten siehe auch Deutscher Städtetag – Arbeitskreis Wertermittlung: Immobilienmarkt 2011 in großen deutschen Städten.

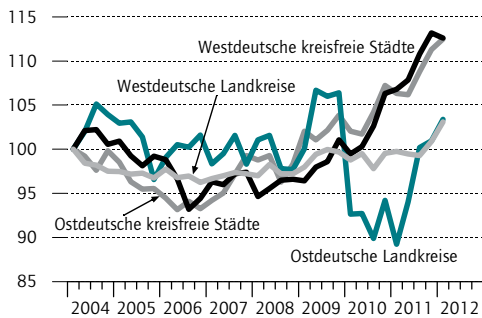
5 Ob es sich um im Ausland geschöpfte Kredite handelt, kann hier nicht genauer untersucht werden.

6 In eine ähnliche Richtung weist auch Kholodilin, K., Mense, A. (2012): Wohnungspreise und Mieten steigen 2013 in vielen deutschen Großstädten weiter. DIW Wochenbericht Nr. 45/2012.

Abbildung 4

Angebotspreise für Neubau¹-Eigentumswohnungen nach Regionen

Index 1. Quartal 2004 = 100



¹ Der Neubau umfasst die letzten drei Baujahrgänge.

Quelle: empirica AG.

© DIW Berlin 2012

Die Preise für Neubauwohnungen sind in kreisfreien Städten schneller gestiegen als in den Landkreisen.

Bestandsmaßnahmen stagnieren, Neubaumaßnahmen expandieren

Die Gesamtsituation auf dem deutschen Immobilienmarkt lässt sich also wie folgt beschreiben: Eine starke Nachfrage nach wertbeständigen Immobilien treibt das Preisniveau für Neubauten nach oben, insbesondere in den bevorzugten Lagen. Gleichzeitig werden relativ wenig hochwertige Immobilien angeboten, so dass die Preise für Eigentumswohnungen in Bestandsgebäuden insgesamt stagnieren. Entsprechend der hohen Nachfrage ist die Neubautätigkeit in diesem Jahr deutlich gestiegen. Die Finanzierung der Ausweitung der Neubautätigkeit erfolgte fast ausschließlich durch Eigenkapital, so dass eine Kreditblase nicht festgestellt werden kann.

Angesichts der unverändert akuten Krisensituation einiger europäischer Staaten dürften die Zinsen auch im nächsten Jahr niedrig bleiben. Die langfristige Inflationsgefahr bleibt somit hoch und die Werterhaltung ein wichtiges Investitionsmotiv.⁷ Vor diesem Hintergrund ist auch künftig mit einer regen Neubautätigkeit zu rechnen. Darauf weisen auch die Genehmigungszahlen sowie die Entwicklung der Auftragseingänge im Wohnungsbau hin (Abbildungen 6 und 7).

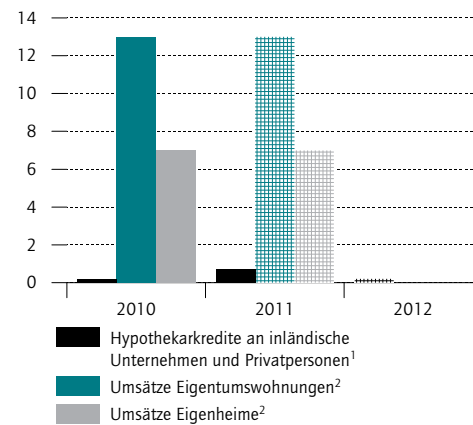
Die Bestandsmaßnahmen profitieren von den finanziellen Rahmenbedingungen in deutlich geringerem Maße. In diesem Bereich wirkt die Zurückhaltung der Eigentümer mit Sanierungsabsichten dämpfend. Für diese

⁷ Siehe von Mises, L. ([1949] 2008): Human Action. 401 f.

Abbildung 5

Hypothekarkredite und Umsatz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



¹ 2012: Schätzung auf Basis der ersten beiden Quartale.

² 2011: Schätzung. Der Bericht über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft der Bundesregierung geht von einem gegenüber dem Vorjahr ähnlichen Umsatzwachstum aus.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Arbeitskreis der Gutachterausschüsse und oberen Gutachterausschüsse in Deutschland: Immobilienmarktbericht Deutschland 2011.

© DIW Berlin 2012

Die Umsatzsteigerungen bei Immobilien wurden nur zu einem Bruchteil durch Kredite finanziert.

Prognose des Bauvolumens ist unterstellt, dass bezüglich der steuerlichen Förderung auch in diesem Jahr keine Klarheit geschaffen wird. Daher ist bei den Bestandsmaßnahmen auch im nächsten Jahr mit Stagnation zu rechnen, während das Volumen von Neubaumaßnahmen um rund sieben Prozent wachsen dürfte. In diesem Jahr steigt das Wohnungsbauvolumen somit um insgesamt zwei Prozent, für das nächste Jahr ist ein Wachstum von 1,8 Prozent zu erwarten (Tabelle 2).

Wirtschaftsbau: Nur noch geringe Wachstumsimpulse

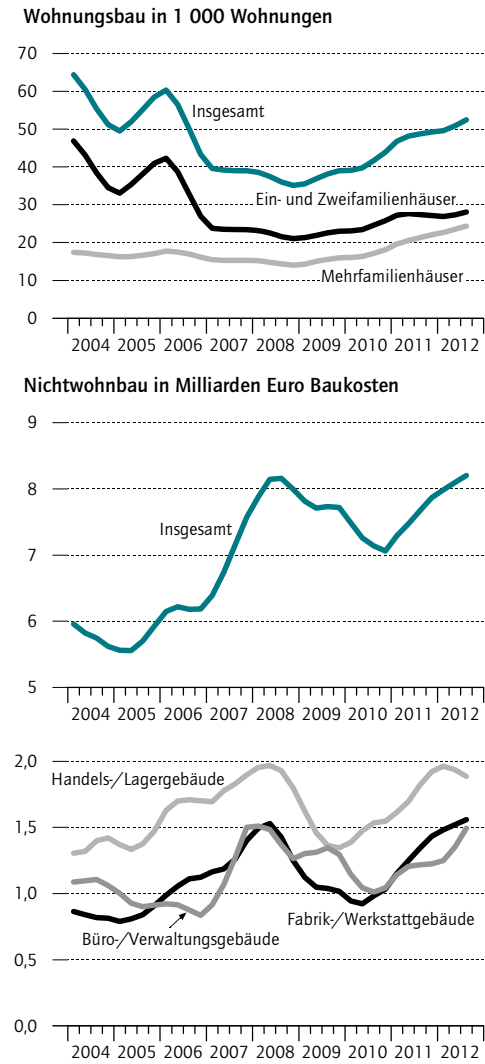
Der Wirtschaftsbau war in den letzten Jahren großen Schwankungen unterworfen. In den Jahren von 2006 bis 2008 stieg das Bauvolumen im Wirtschaftsbau zunächst kräftig an. Infolge der Wirtschaftskrise brachen die Zahlen 2009 jedoch um über vier Prozent ein.

Der Schrumpfungsprozess setzte sich 2010 auch im gewerblichen Hochbau weiter fort. Insbesondere die Neubautätigkeit im Bereich der Produktions-, Handels- und Lagergebäude ging nochmals kräftig zurück. Im gewerblichen Tiefbau dagegen setzte bereits 2010 eine Erholung ein.

2011 zog dann die Nachfrage auch im Wirtschaftsbau insgesamt wieder spürbar an. Das Bauvolumen nahm

Abbildung 6

Baugenehmigungen¹ im Wohn- und Nichtwohnbau



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Steigende Genehmigungszahlen lassen auf eine rege Neubaутätigkeit in naher Zukunft schließen.

real um mehr als sechs Prozent zu. Das Neubauvolumen bei Produktions-, Handels- und Lagergebäuden blieb allerdings immer noch unter dem Vorkrisen-Niveau von 2008.⁸

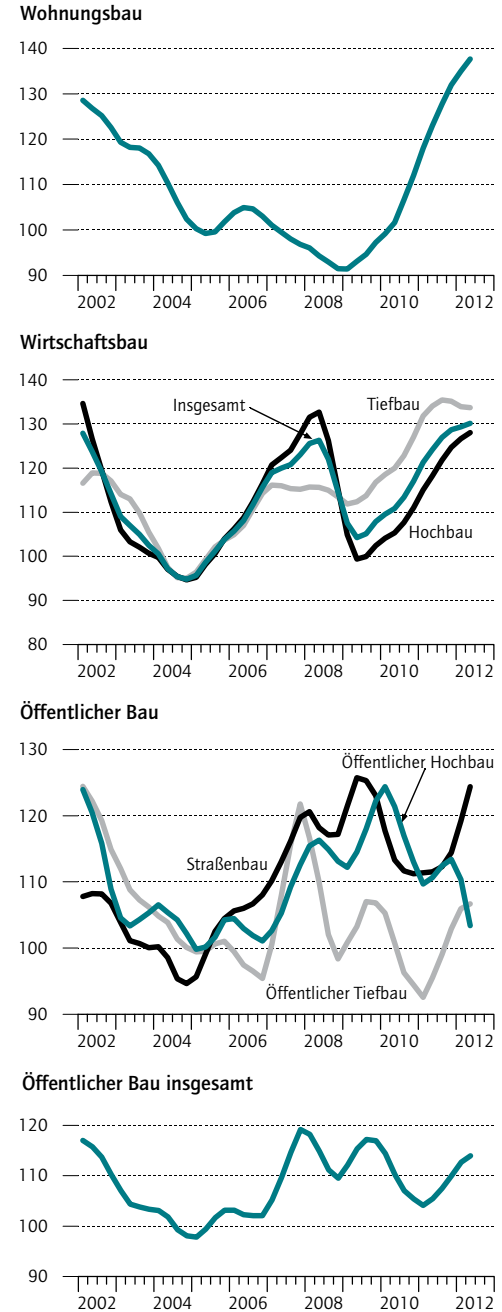
Die gesamtwirtschaftliche Abkühlung dürfte im Wirtschaftsbau bereits 2012 jedoch wieder zu einer weit-

⁸ Gornig, M. et al. (2012), a. a. O.

Abbildung 7

Auftragseingänge nach Baubereichen

Index 2005 = 100¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4).
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Auftragseingänge sind zuletzt in allen drei Sektoren gestiegen.

Tabelle 2

Bauvolumen in Deutschland

	In Milliarden Euro					Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
	2009	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bauvolumen insgesamt ¹	272,55	283,30	306,72	314,08	329,79	3,9	8,3	2,4	5,0
Preisentwicklung Index 2000 = 100	116,7	118,4	121,9	124,9	128,6	1,5	3,0	2,5	2,9
Reales Bauvolumen ²	233,56	239,29	251,65	251,39	256,48	2,5	5,2	-0,1	2,0
Nach Baubereichen									
Wohnungsbau	122,40	127,35	135,25	137,96	140,44	4,0	6,2	2,0	1,8
Wirtschaftsbau	74,16	74,56	79,09	79,49	79,88	0,5	6,1	0,5	0,5
Öffentlicher Bau	37,00	37,38	37,31	33,95	36,16	1,0	-0,2	-9,0	6,5
Nach Produzentengruppen									
Bauhauptgewerbe	72,01	70,70	76,16	76,11	78,05	-1,8	7,7	-0,1	2,6
Ausbaugewerbe	89,58	93,51	96,20	95,72	97,57	4,4	2,9	-0,5	1,9
Übrige Bereiche	71,97	75,08	79,29	79,57	80,86	4,3	5,6	0,4	1,6

1 Zu jeweiligen Preisen.

2 Zu Preisen von 2000.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

Das Wachstum wird 2013 vom Wohnungs- und öffentlichen Bau getragen, während der Wirtschaftsbau fast stagniert.

gehenden Stagnation der realen Nachfrage führen. So zeigen die Auftragseingänge weder im gewerblichen Hochbau, noch im gewerblichen Tiefbau aktuell Zuwächse (Abbildung 7). Angesichts moderater gesamtwirtschaftlicher Wachstumserwartungen für 2013 dürften auch die Impulse für Kapazitätsausweitungen im nächsten Jahr gering bleiben. In diese Richtung weist auch das Volumen der Baugenehmigungen für Produktions-, Handels- und Lagergebäude (Abbildung Genehmigungen Nichtwohnbau).⁹ Das reale Bauvolumen im Wirtschaftsbau dürfte daher 2012 und 2013 in Deutschland real nur um jeweils ein halbes Prozent zunehmen.

Öffentlicher Bau erholt sich 2013 von starkem Einbruch

Der öffentliche Bau bricht in diesem Jahr deutlich ein. Während 2011 noch in etwa das Vorjahresniveau erreicht wurde, muss für das laufende Jahr mit einem Minus von neun Prozent gerechnet werden. Offensichtlich wurden die Konjunkturprogramme in erheblichem Maße erst im Jahr 2011 produktionswirksam.¹⁰ Denn nur so lässt sich der abrupte Rückgang der öffentlichen Investitionen im laufenden Jahr erklären – zumal die Steuerein-

nahmen in diesem und im letzten Jahr alles andere als gering waren. Im weiteren Verlauf ist aufgrund der recht guten Kassenlage der öffentlichen Hand wieder mit einer steigenden öffentlichen Bautätigkeit zu rechnen. Darauf deutet auch die Entwicklung der Auftragseingänge hin (Abbildung 7). Im Bereich des Straßen- und des sonstigen Tiefbaus stiegen die Auftragseingänge im Laufe dieses Jahres wieder an, im Hochbau dagegen hält der Abwärtstrend an. Die Investitionstätigkeit konzentriert sich also derzeit auf Bereiche, in denen die Konjunkturprogramme nicht oder nur in geringem Umfang gewirkt haben. Insgesamt kann für 2013 dennoch mit einer Ausweitung des öffentlichen Bauvolumens um gut 6,5 Prozent gerechnet werden. Das Niveau würde allerdings selbst dann noch deutlich unter dem der Jahre 2009 bis 2011 liegen.

Fazit

Das DIW Berlin hatte, entgegen der Einschätzungen anderer Institutionen, die Wachstumserwartungen für 2012 bereits im Vorjahr gedämpft.¹¹ Ausschlaggebend für diese Einschätzung waren Erwartungen, nach denen die Baumaßnahmen im Gebäudebestand nahezu stagnieren und der öffentliche Bau deutlich schrumpfen würden. Die bisher für 2012 vorliegenden Informationen bestätigen insgesamt diese Einschätzung. Im Vergleich zum Vorjahr dürfte das Bauvolumen um knapp zweieinhalb Prozent steigen. Da

9 Da die Genehmigungen für den Nichtwohnbau auch den öffentlichen Bau umfassen, lassen sich die konjunkturellen Entwicklungen für den gewerblichen Bau in dieser Grafik am besten anhand der Gebäudetypen ablesen.

10 Vgl. Gornig, M., Hagedorn, H. (2010): Konjunkturprogramme: Stabilisierung der Bauwirtschaft gelungen, befürchtete Einbrüche bleiben aus. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2010.

11 Siehe Gornig, M., Hagedorn, H. (2011), a. a. O.

die Preisentwicklung jedoch in einer ähnlichen Größenordnung liegen dürfte, stagniert das reale Bauvolumen im Jahr 2012.

Für 2013 hellen sich die Konjunkturaussichten für die Bauwirtschaft allerdings spürbar auf. Nominal erwartet das DIW Berlin einen Anstieg des gesamten Bauvolumens in Deutschland um fünf Prozent. Abzüglich der Preissteigerungen dürfte das Bauvolumen real um zwei Prozent steigen. Das im kommenden Jahr anziehende Wachstum ist auf die Erholung im öffentlichen

Bau zurückzuführen, während die Produktion im Wohnungs- und Wirtschaftsbaus ein ähnliches Wachstumstempo aufweisen dürfte wie 2012.

Vom Aufschwung der Bauwirtschaft in 2013 dürfte das Bauhauptgewerbe überproportional profitieren. Dies liegt zum einen an der verbesserten Situation im Bereich des öffentlichen Baus. Zum anderen dürfte das Bauhauptgewerbe aber wie auch schon 2011 von der Wiedererstarkung der Neubautätigkeit im Wohnungsbau begünstigt werden.

Martin Gornig ist kommissarischer Leiter der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin | mgornig@diw.de

Hendrik Hagedorn ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hhagedorn@diw.de

CONSTRUCTION INDUSTRY: NEW HOUSING CONSTRUCTION BENEFITS FROM CRISIS IN EURO AREA

Abstract: Following a period of stagnation in 2012, the economic outlook for the construction industry next year is considerably brighter. DIW Berlin predicts nominal growth of five percent for construction volume in Germany. In real terms, taking into account inflation, construction volume is expected to increase by two percent in 2013. This is primarily due to the expected stabilization in the volume of orders in public sector construction after a sharp decline in the current year.

It is the main construction industry that is expected to profit most from the upturn in the construction industry. As well as the recovery of public construction, another contributing factor here is the increase in construction of new housing resulting from many investors' desire for secure forms of investment. As far as existing residential buildings are concerned, however, there is currently little movement due to unclear subsidy conditions. Commercial construction prospects are also somewhat subdued in the current economic climate.

JEL: E32, E66

Keywords: Construction industry forecast, economic outlook



Hendrik Hagedorn, Doktorand,
Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN HENDRIK HAGEDORN

»Flucht in Sachwerte stützt Immobilienwirtschaft«

1. Herr Hagedorn, Sie haben das Bauvolumen in Deutschland analysiert. Welche Bauaktivitäten wurden dabei berücksichtigt? Das Bauvolumen bezieht sich auf alle Branchen in Deutschland gleichermaßen. Der Unterschied zu den Bauinvestitionen, wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erscheinen, besteht darin, dass wir auch nicht werterhöhende Maßnahmen mit einbeziehen, die sonst entweder im Bereich der Konsumleistungen oder der Vorleistungen auftauchen.
2. Wie hat sich das Wohnungsbauvolumen in den letzten Jahren entwickelt? Im Wohnungsbau haben sich Neubau und Bestandsmaßnahmen in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Dabei ist das Neubauvolumen zunächst unterdurchschnittlich stark gewachsen. Allerdings haben wir in den letzten zwei Jahren deutliche Anstiege beim Neubau gesehen.
3. Wie groß sind die Unterschiede zwischen Neubau- und Bestandsmaßnahmen? Im Neubau sehen wir außerordentlich starke Zuwächse. Beim Bestand hingegen beobachten wir eine Zurückhaltung beziehungsweise ein nicht so dynamisches Wachstum. Vor allem bei den energetischen Sanierungsmaßnahmen sehen wir zurzeit nicht so viel Aktivität, was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein dürfte, dass es hier eine große regulatorische Unsicherheit gibt. Immerhin wird im Vermittlungsausschuss noch immer über die Einführung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten verhandelt. Solange da keine Klarheit besteht, ist nicht davon auszugehen, dass die Bauherren sich hier in große Kosten stürzen werden.
4. Welche Auswirkungen hat das derzeit niedrige Zinsniveau auf die Investitionen im Bau? Die günstigen Finanzierungsbedingungen wirken sich vor allem auf die Neubautätigkeit aus. Die Investitionen in Neubauten haben überwiegend ein größeres Finanzierungsvolumen als Bestandsmaßnahmen. Insofern gibt es hier eine größere Sensitivität bezüglich der Finanzierungslage. Hinzu kommt die Tatsache, dass man in der deutschen

Bevölkerung eine Flucht in Sachwerte ausmachen kann. Es gibt durchaus Inflationsängste in Deutschland, und die schlagen sich darin nieder, dass vermehrt in wertbeständige Anlageformen investiert wird. Die Bauwirtschaft profitiert also nicht nur vom niedrigen Zinsniveau, sondern auch von der Krise, weil die Menschen versuchen, ihr Geld in Sicherheit zu bringen, um es vor Entwertung zu schützen.

5. Wie entwickeln sich die Wachstumsraten im Wirtschaftsbau? Der Wirtschaftsbau läuft moderat und lange nicht so stark wie der Wohnungsbau. Wir gehen davon aus, dass sich hier im nächsten Jahr nur ein verhaltenes Wachstum in Höhe von ungefähr einem halben Prozent zeigen wird. Anders stellt sich die Lage im öffentlichen Bau dar, wo wir in diesem Jahr sehr starke Rückgänge gesehen haben. Das kann man darauf zurückführen, dass die Konjunkturprogramme im Jahr 2011 ausgelaufen sind und es nun eine erhebliche Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand gibt. Das spricht dafür, dass die Mitnahmeeffekte bei den Konjunkturprogrammen recht hoch waren.
6. Wann kann man denn in diesem Bereich wieder mit einer Belebung rechnen? Wir rechnen eindeutig mit einer Belebung im nächsten Jahr, schließlich haben wir in diesem Jahr Steuereinnahmen in Rekordhöhe gesehen. Das wird sich dann auch in der Investitionstätigkeit der Kommunen und der öffentlichen Hand niederschlagen.
7. Wie wirkt sich das auf das Gesamtwachstum der deutschen Bauwirtschaft aus? In diesem Jahr ist die schlechte Entwicklung im öffentlichen Bau durchaus maßgeblich. Wir erwarten deshalb für das Gesamtbauvolumen eine Stagnation, obwohl der Wohnungsbau gewachsen ist. Im nächsten Jahr allerdings werden alle Bereiche der Bauwirtschaft wieder zulegen, insofern werden wir dann auch ein Wachstum in Höhe von ungefähr zwei Prozent sehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Deutschlands Wachstums- und Investitionsdynamik nach der globalen Finanzkrise

Von Georg Erber und Harald Hagemann

Deutschland hat sich von dem scharfen Einbruch infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise schneller erholt als die meisten anderen entwickelten Länder. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Euroraum wurde kompensiert durch ein starkes Wachstum der Exporte in die Länder außerhalb der Eurozone. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten, insbesondere auf den dynamischen Märkten der Schwellen- und Entwicklungsländer. Dagegen haben vor allem die Krisenländer der Eurozone in der zurückliegenden Dekade an internationaler Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Aufgrund ihrer Abhängigkeit vom europäischen Binnenmarkt und der fehlenden Spezialisierung auf innovative, auf den Weltmärkten nachgefragte Produkte zählen sie im globalen Standortwettbewerb zu den Verlierern. Die eingeleiteten Reformen werden nicht sofort eine Wende herbeiführen können. Selbst Deutschland wird es nicht leichtfallen, seine günstige Weltmarktstellung zu bewahren, da sich der globale Strukturwandel und Standortwettbewerb noch verschärfen dürften.

Der damalige Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) Herbert Giersch hat Mitte der 80er Jahre mit seinem Beitrag zur *Eurosklerose* in Deutschland für Aufsehen gesorgt.¹ Er erteilte den sich bereits in Europa abzeichnenden Tendenzen eine Absage, den Herausforderungen einer sich rasch wandelnden Weltwirtschaft durch nationale Alleingänge und protektionistische Maßnahmen sowie höhere Staatsverschuldung und Inflationsraten zu begegnen. Stattdessen sollten tiefgreifende Strukturreformen sowie eine weitere Integration die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wieder ankurbeln. Bis dahin wurden die USA als schärfster Konkurrent für die europäische Wirtschaft angesehen.² Dem folgten dann im Lauf der 80er Jahre Japan³ sowie die vier kleinen *Tiger*-Staaten.⁴ Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Auflösung des Comecon,⁵ die Hinwendung der osteuropäischen Länder zur Marktwirtschaft sowie die Öffnung Chinas zum Welthandel einschließlich des 2001 vollzogenen Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) waren weitere einschneidende weltwirtschaftliche Umbrüche.

Die bei Einführung des Euro und am Ende des New-Economy-Booms 2000 verabschiedete äußerst ehrgeizige Lissabon-Agenda, die für die nachfolgende Dekade ein Wirtschaftswachstum von jährlich drei Prozent anstrebte, erwies sich jedoch als Fehlschlag.⁶

¹ Giersch, H. (1985): *Euroclerosis*. Kieler Diskussionsbeiträge, 2.

² Servan-Schreiber, J.J. (1968): *Die amerikanische Herausforderung*. Hamburg.

³ Vogel, E. (1979): *Japan as Number One: Lessons for America*. Cambridge, Mass.

⁴ Südkorea, Hongkong, Singapur und Taiwan.

⁵ Comecon (Council for Mutual Economic Assistance) war der wirtschaftliche Zusammenschluss der sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion. Er löste sich 1991 auf.

⁶ „Das Ziel der Lissabon-Strategie bestand darin, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu erhöhen. Das Bestreben ist daher, die Produktivität und Innovationsgeschwindigkeit in der EU durch verschiedene politische Maßnahmen zu erhöhen“, siehe Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes am 23. und 24. März 2000 in Lissabon.

Im Durchschnitt wuchs die Wirtschaft in den Ländern der EU-27 in den Jahren 2001 bis 2010 auf Grundlage der Daten von Eurostat nur um rund 1,2 Prozent und die der Eurozone um ein Prozent. Italien bildete mit 0,2 Prozent hinter Portugal und Dänemark mit 0,5 Prozent und Deutschland mit 0,6 Prozent das Schlusslicht innerhalb der EU-27 beziehungsweise der Eurozone. Auch im Vergleich zu den USA mit 2,1 Prozent und Japan mit 1,7 Prozent fällt der Vergleich ungünstig aus. Man könnte die derzeitige Krise fast als eine Fortsetzung der Entwicklung in den 80er Jahren ansehen, da es Europa erneut – derzeit mit der Ausnahme Deutschlands und einiger anderer Länder in Nord- und Osteuropa – immer schwerer fällt, sich gegenüber der internationalen Konkurrenz zu behaupten.⁷

Divergenz innerhalb der Eurozone

Deutschland hat sich im Gegensatz zu den meisten anderen EU-27-Mitgliedsländern relativ rasch von dem schweren Konjunkturerbruch des Jahres 2009 – mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 5,1 Prozent – erholt. Wuchsen die EU-27 insgesamt weiterhin jahresdurchschnittlich um 1,2 Prozent, so expandierte die deutsche Wirtschaft in den Jahren von 2010 bis 2012 um etwa 2,6 Prozent jährlich, das heißt mehr als doppelt so schnell. Insbesondere die deutsche Industrie erwies sich als Wachstumstreiber; ihre beiden Paradebranchen Straßenfahrzeugbau und Maschinenbau konnten sich gegenüber der weltweiten Konkurrenz behaupten.⁸ Insgesamt erwies sich die wachsende Spezialisierung der deutschen Industrie auf den Bereich der Investitionsgüter und hochwertigen langlebigen Konsumgüter wie Automobile als erfolgreiches Mittel, um sich dem intensiven Preiswettbewerb der aufstrebenden Volkswirtschaften zu entziehen.⁹ Dabei bleiben jedoch durchaus Schwächen im Spitzentechnologiebereich bestehen.¹⁰ Mithin stellt sich die Frage, warum sich innerhalb Europas das Blatt so sehr zu Gunsten

Deutschlands, insbesondere im Vergleich zu den sogenannten PIIGS-Staaten,¹¹ gewendet hat.

Offensichtlich spielt hierbei die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, sich im internationalen Wettbewerb auch außerhalb der EU zu behaupten, eine zentrale Rolle.¹² Dies zeigt sich exemplarisch am Beispiel Chinas (Kasten 1). Schon früh wurde in Deutschland im Lauf der 90er Jahre das Problem des zunehmenden Standortwettbewerbs erkannt.¹³ Im Gegensatz zur Wirtschaft in Deutschland gelang es in zahlreichen EU-Ländern bisher nicht, sich an die neuen Verhältnisse der Globalisierung anzupassen. Die Modernisierung verlief in der Eurozone völlig unterschiedlich. Das zeigt sich auch beim Vergleich der Spezialisierung auf forschungsintensive Güter (Tabelle 1).¹⁴ Während sich Deutschland und Frankreich, wie auch Großbritannien, den Herausforderungen des Wettbewerbs mit der übrigen Welt stellen, zeigt insbesondere Italien erhebliche Defizite.

Was der US-Ökonom Paul Krugman¹⁵ Mitte der 90er Jahre als eine deutsche Obsession attackierte, erweist sich rückblickend als eine angemessene Reaktion auf die sich abzeichnende Wettbewerbsschwäche der entwickelten Volkswirtschaften im globalen Standortwettbewerb. Offenbar konnten diese dann auch nicht in gleichem Umfang wie Deutschland von der Dynamik der übrigen Welt nach Ende der Krise profitieren (Abbildung 1).

Standortverlagerungen von Produktionsstätten oder ganzen Wirtschaftszweigen aus entwickelten Volkswirtschaften in andere Regionen der Welt führen oftmals zu nachhaltigen Verlusten an Wertschöpfung und Beschäftigung, die die betroffenen Länder zu einer Anpassung ihrer Einkommensverhältnisse zwingen. Die derzeit in den südeuropäischen Ländern zu verzeichnenden Einbrüche bei der Beschäftigung sind kaum als rein kon-

7 Erber, G., Schrooten, M. (2012): BRICS: Deutschland profitiert vom Wachstum in Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – Wie lange noch? DIW Wochenbericht Nr. 34/2012.

8 Gornig, M., Schiersch, A. (2012): Deutsche Industrie trotz dem Aufstieg der Schwellenländer. DIW Wochenbericht Nr. 10/2012.

9 Erber, G., Hagemann, H. (2012): Wachstums- und Investitionsdynamik in Deutschland. Schriftenreihe des Promotionsschwerpunkts „Globalisierung und Beschäftigung“, Nr. 36, Stuttgart-Hohenheim.

10 EFI (2012): Gutachten zu Forschung, Innovation und Technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands. Herausgegeben von der Expertenkommission Forschung und Innovation, Berlin. Die Ausfuhren im Bereich der Spitzentechnologie könnten jedoch teilweise durch die statistische Erfassung der Luft- und Raumfahrtindustrie verzerrt sein. Eurostat verwendet das Versandlandprinzip anstelle des Ursprungslandprinzips, was teilweise zugunsten Frankreichs und zu Lasten Deutschlands und anderer Mitgliedstaaten ist. Dadurch werden Vorleistungen aus dem Ursprungsland Deutschland als EU-Intrahandel mit Frankreich, zum Beispiel beim Airbus A380, erfasst, und der fertige A380 als EU-Extrahandel Frankreichs im Bereich der Spitzentechnologie verbucht. Das Statistische Bundesamt verwendet dagegen das Ursprungslandprinzip, sodass

die Daten von Eurostat von denen des Statistischen Bundesamtes deutlich voneinander abweichen können.

11 PIIGS: Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien.

12 Allafi, S. (2012): Außenhandelsergebnisse nach Wirtschaftszweigen 2010. In: Wirtschaft und Statistik, September 2012, 760-771; Erber, G. (2012): Dichtung und Wahrheit: Deutschlands Position bei Lohnstückkosten, Extrahandel und realen Wechselkursen in der Eurozone – was sagt die Statistik? Ifo Schnelldienst, Bd. 65(5), 20-34; Erber, G. (2012): Irrungen und Wirrungen mit der Leistungsbilanzstatistik. Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Bd. 92(7), 465-470.

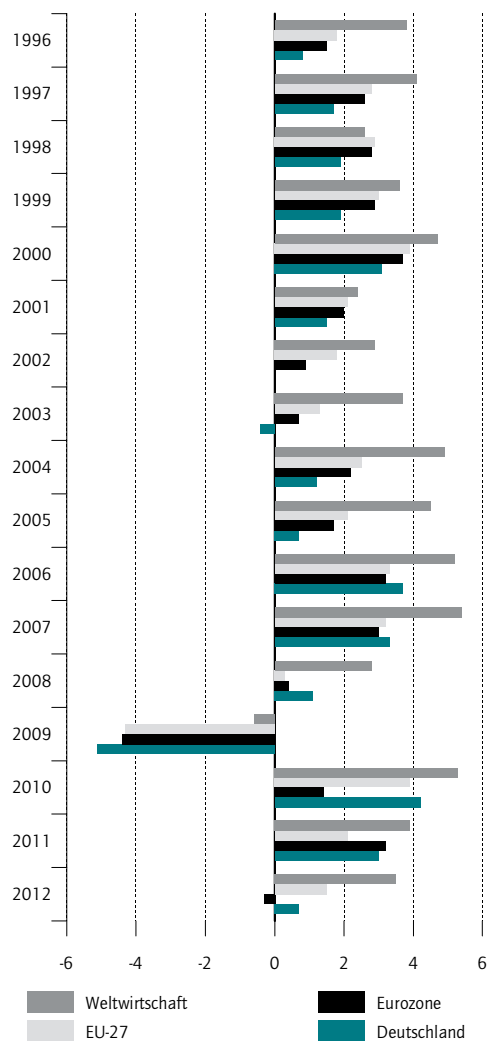
13 Siebert, H. (2000): 'Zum Paradigma des Standortwettbewerbs'. Walter Eucken Institut, Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 165; Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz – StandOG), BGBl. I, 1569, 13. September 1993.

14 Gehrke, B., Krawczyk, O. (2012): Außenhandel mit forschungsintensiven Waren im internationalen Vergleich. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 11-2012, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover, Februar 2012.

15 Krugman, P. (1994): Competitiveness: A Dangerous Obsession. Foreign Affairs, Vol. 73(2), März/April 1994.

Abbildung 1

Reales Wirtschaftswachstum
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: IWF; Eurostat.

© DIW Berlin 2012

Deutschland profitierte von der Dynamik der Weltwirtschaft nach der Krise.

junkturrelles Problem interpretierbar. Hier droht eine nachhaltige strukturelle Arbeitslosigkeit, da der Kapazitätsabbau als Folge der Bankenkrise durch einen normalen konjunkturellen Aufschwung allein nicht behoben werden kann (Abbildung 2).¹⁶

¹⁶ Phelps, E., Zoega, G. (2001): Structural booms. Economic Policy, Vol. 16(32), April 2001, 83-126. Phelps, E. (1994): Structural slumps - The modern equilibrium theory of Unemployment. Interest and Assets, Cambridge, Mass.

Kasten 1

Handel mit China als Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft

China hatte im ersten Halbjahr 2012 einen Anteil von 8,8 Prozent beziehungsweise 72,7 Milliarden Euro am gesamten EU-27-Außenhandel von 828 Milliarden Euro. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres hat Deutschland Waren für 34 Milliarden Euro dorthin exportiert. Dies ist ein Anteil von 47 Prozent an den Gesamtausfuhren der EU-27 nach China. Frankreich und Großbritannien nehmen mit acht und sechs Milliarden Euro den zweiten und dritten Platz ein (Abbildung 1). Bei den Wareneinfuhren ist der Anteil Deutschlands am gesamten China-Handel der EU-27 mit 21 Prozent deutlich geringer. Es ist auf Basis des Versandelandprinzips das einzige Land der EU-27, das einen Außenhandelsüberschuss gegenüber China mit vier Milliarden Euro ausweist.¹ Alle anderen EU-27-Länder hatten hingegen Defizite zu verzeichnen. Dabei lagen die Niederlande mit 22 Milliarden Euro an der Spitze, gefolgt von Großbritannien mit 14 Milliarden Euro, Italien mit acht Milliarden Euro und Spanien und Frankreich mit jeweils fünf Milliarden Euro.² Insgesamt weisen die EU-27-Länder ein Handelsbilanzdefizit gegenüber China von rund 67 Milliarden Euro auf.

Damit hat Deutschland im Handel mit China ein Alleinstellungsmerkmal, da es seine Importe aus China mit Exporten von Gütern decken kann und dabei im ersten Halbjahr 2012 sogar trotz nachlassender Wirtschaftsdynamik in China einen Überschuss erzielen konnte (Abbildung 2).

Allerdings ist zuletzt eine gewisse Eintrübung im Außenhandel auch für Deutschland erkennbar. Ob diese nur vorübergehend ist, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Offenbar unternimmt die chinesische Regierung erneut erhebliche Anstrengungen, die Wirtschaft durch staatliche Ausgabenprogramme zum weiteren Ausbau

¹ Allerdings beruht dieser auf dem *Rotterdam-Effekt*. Trotzdem zeigt auch eine Betrachtung nach dem Ursprungslandprinzip des Statistischen Bundesamts nur ein geringfügiges Defizit. Da aber Eurostat auch für alle anderen Länder das Versandelandprinzip zugrunde legt, sind die hier ausgewiesenen Anteile nach diesem Konzept berechnet worden.

² Eurostat: Außenhandelsdefizit der EU-27 mit China sank auf 67 Milliarden Euro in der ersten Jahreshälfte 2012. Pressemitteilung 135/2012 vom 18. September 2012.

schaft

der Infrastruktur und durch eine Lockerung der Kreditzinsen auf einen höheren Wachstumspfad zurückzuführen.³ Diese Maßnahmen werden jedoch vermutlich erst im kommenden Jahr ihre Wirkung entfalten; sie können dann auch die deutsche Exportwirtschaft beleben.⁴

3 Evans-Pritchard, A.: China launches £94bn infrastructure stimulus package. In: The Telegraph, Meldung vom 7. September 2012.
4 Bloomberg News: China Investment Seen Failing to Secure Growth Rebound This Year. Meldung vom 21. September 2012.

Abbildung 1

Aus- und Einfuhren der EU im Handel mit China im ersten Halbjahr 2012

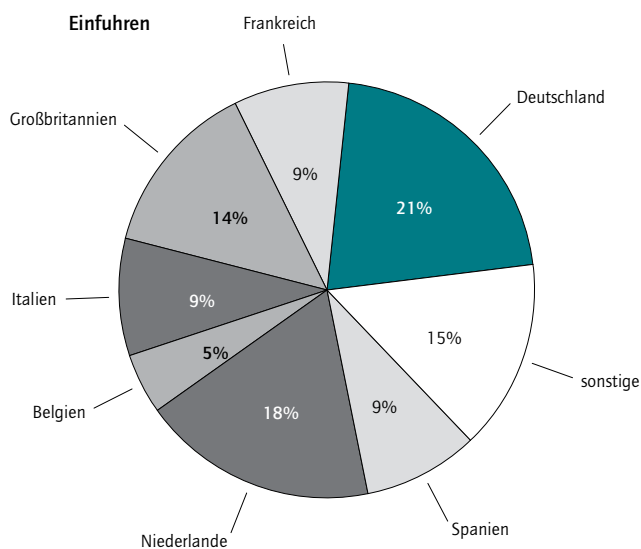
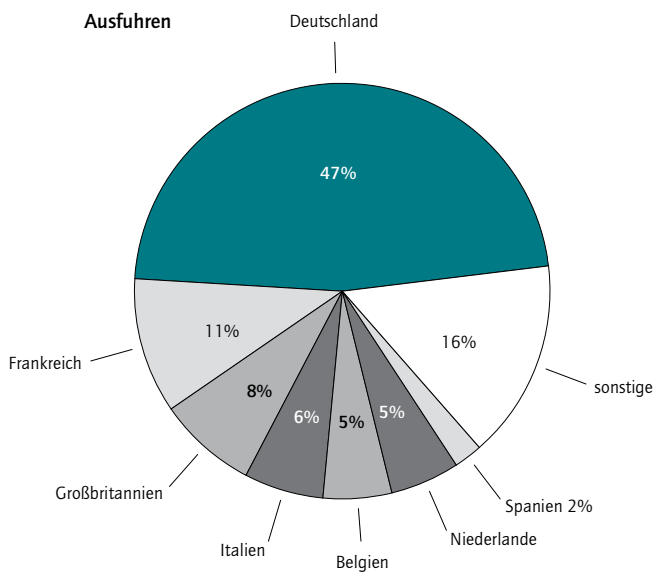
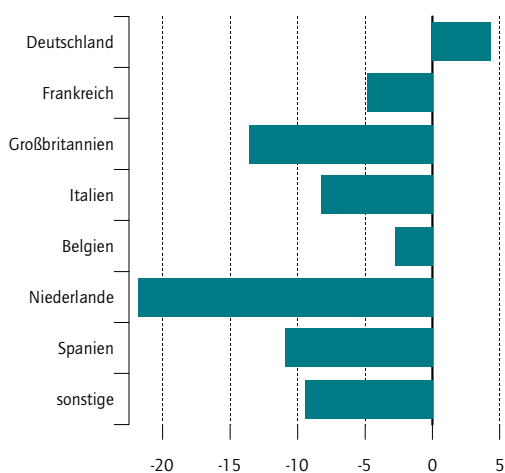


Abbildung 2

Handelsbilanzsalden der EU mit China im ersten Halbjahr 2012

In Milliarden Euro



Quelle: Eurostat.

Quelle: Eurostat

© DIW Berlin 2012

© DIW Berlin 2012

Tabelle 1

Exportspezialisierung bei forschungsintensiven Waren

RXA¹-Werte

	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	EU-14 ²	USA	Japan	Südkorea	China
FuE-intensive Waren									
1995	13	-3	12	-32	-11	24	37	2	-85
2000	12	2	17	-37	-7	21	33	8	-54
2005	11	0	10	-40	-6	18	28	18	-19
2010 ³	14	9	11	-34	-5	10	27	-	-13
Hochwertige Technologie									
1995	32	0	2	-10	-3	4	43	-15	-88
2000	33	6	7	-8	1	2	47	-19	-73
2005	30	8	9	-13	5	5	42	-5	-73
2010 ³	34	5	25	-5	10	16	47	-	-53
Spitzentechnologie									
1995	-46	-9	24	-97	-27	55	27	28	-78
2000	-35	-10	25	-113	-20	39	1	34	-30
2005	-36	-15	13	-122	-38	37	-3	49	36
2010 ³	-38	15	-22	-130	-38	-3	-24	-	34

1 Ein positives Vorzeichen des RXA-Wertes bedeutet, dass der Anteil am Weltmarktangebot bei dieser Produktgruppe höher ist als bei der verarbeitenden Industrie insgesamt.

2 Alte EU-Länder ohne Deutschland.

3 Weltausfuhren geschätzt.

Quelle: OECD; ITC - International Trade by Commodity Statistics; Rev. 3. Comtrade-Datenbank; Berechnungen und Schätzungen des NIW.

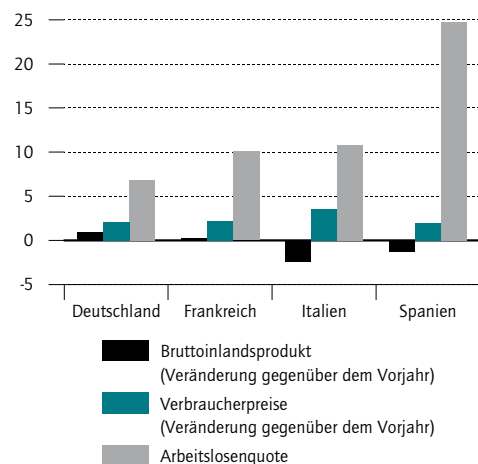
© DIW Berlin 2012

Im Bereich der Spitzentechnologie hat Italien besondere Defizite, während Deutschland und Japan bei der hochwertigen Technologie besonders erfolgreich sind.

Abbildung 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Inflationsrate und Arbeitslosenquote 2012

In Prozent



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2012.

© DIW Berlin 2012

In Spanien ist die Arbeitslosigkeit dreimal so hoch wie in Deutschland.

Deutschland hat eine ähnliche negative Erfahrung im Zug der Integration Ostdeutschlands gemacht. Dort ist trotz aller radikalen Arbeitsmarktreformen einschließlich der Agenda 2010 die Arbeitslosigkeit immer noch fast doppelt so hoch (2011: 11,3 Prozent) wie in Westdeutschland (2011: 6,0 Prozent). Trotz deutlich niedrigerer Löhne und massiver staatlicher Förderprogramme seit über zwanzig Jahren konnte bis heute keine Konvergenz bei den Investitionen und damit auch nicht bei Beschäftigung und Einkommen erzielt werden.¹⁷

Investitionsschwäche führt zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit

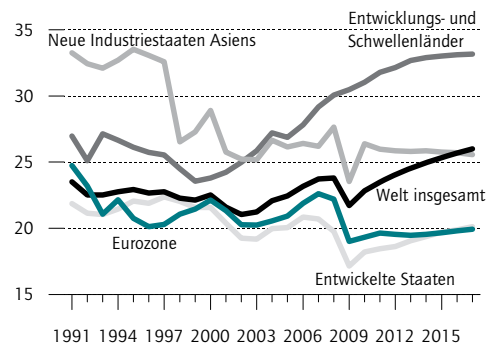
Zur Wachstumsschwäche Europas und anderer führender Industrieländer wie der USA und Japans trägt auch

¹⁷ Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012. Bundesministerium des Inneren, Berlin. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland stagniert seit einigen Jahren. Voriges Jahr ging die Schere infolge der Krise sogar wieder leicht auseinander. Das je Einwohner erzeugte Bruttoinlandsprodukt im Osten liege „inzwischen bei 71 Prozent des westdeutschen Niveaus“, heißt es im Bericht. In den beiden Vorjahren lag der Wert schon bei 73 Prozent. Hauptgrund des größer werdenden Abstands: Das Wachstum des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts lag mit 2,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von drei Prozent.“ Heimann, P. (2012): Westrente nicht in Sicht. In: Sächsische Zeitung vom 27. September 2012.

Abbildung 3

Bruttoanlageinvestitionen

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: IWF Datenbank.

© DIW Berlin 2012

Die Investitionsquoten der Schwellenländer steigen weiter.

eine parallel verlaufende Investitionsschwäche bei (Abbildung 3). Die Investitionsquoten der entwickelten Volkswirtschaften gehen seit Mitte der 90er Jahre in der Tendenz zurück. Nur mittelfristig rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einer leichten Erholung.¹⁸ Dagegen verzeichnen die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem Anstieg der Investitionsquote auf rund 33 Prozent einen deutlichen Vorsprung. Bemerkenswert ist, dass sich die Investitionsquoten der asiatischen entwickelnden Industrieländer ebenso wie die der entwickelten Volkswirtschaften zurückbilden. Allerdings verharrt in Asien die Investitionsquote noch deutlich über 25 Prozent.

Was also noch zu Beginn der 80er Jahre als nachhaltige Investitionsschwäche Europa diagnostiziert wurde, hat jetzt auch Japan und die USA erfasst.

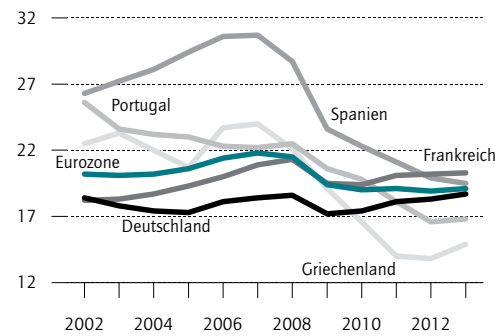
Insbesondere China und zuvor bereits Südkorea verfolgen seit längerem eine offensive Strategie, um zu weltweit führenden Innovationsstandorten aufzusteigen. Dementsprechend wiesen diese beiden Länder im letzten Jahrzehnt die größte Dynamik beim Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt auf. Die FuE-Intensität Südkoreas hat gegenwärtig bereits das Niveau von Schweden und Finnland erreicht. Deutschland, das nach der Wiedervereinigung von einem Spitzenplatz innerhalb der OECD-Länder auf eine mittlere Position zurückgefallen war, hat im letzten Jahrzehnt zwar wieder zugelegt und befindet sich gegenwärtig etwa gleichauf mit den

¹⁸ Internationaler Währungsfonds (2012): The Good, the Bad, and the Ugly: 100 Years of Dealing with Public Debt Overhangs. World Economic Outlook, Kapitel 3, Washington D.C.

Abbildung 4

Bruttoanlageinvestitionen innerhalb der Eurozone

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Eurostat, einschließlich der Prognose für 2012 und 2013.

© DIW Berlin 2012

In den Krisenländern sind die Investitionen deutlich stärker eingebrochen als in Deutschland oder Frankreich.

USA, hinter Japan, aber deutlich vor Großbritannien und Frankreich.¹⁹ In den südeuropäischen Krisenländern ist die FuE-Intensität vor allem aufgrund geringer privatwirtschaftlicher Investitionen weniger als halb so hoch wie in den skandinavischen Ländern. Hierin liegt ein wesentlicher Grund für die geringe Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder.

Im Zug der Neuverteilung der Investitionen im Rahmen des globalen Standortwettbewerbs suchen sich multinationale Unternehmen dort Standorte für ihre Investitionen, wo sie sich die höchsten Renditen versprechen.²⁰ Dabei spielen die Wachstumsperspektiven der jeweiligen Märkte eine zentrale Rolle. Nur durch zunehmende Konzentration auf die Teile der Wertschöpfungsketten, die den jeweiligen Standortbedingungen entsprechen, können die entwickelten Volkswirtschaften ihre Position bewahren oder weiter ausbauen. Die Verlierer im globalen Standortwettbewerb müssen dagegen mit drastischen Verlusten von Wachstum und Beschäftigung rechnen. Ein Teil der derzeit hohen Arbeitslosigkeit in diesen Ländern hat deshalb strukturelle Ursachen.²¹

¹⁹ Vgl. EFI (2012), a. a. O., 129; sowie zu den Innovationssystemen Chinas, Japans und Südkoreas Hagemann, H., Christ, J.P., Rukwid, R., Erber, G. (2011): Die Bedeutung von Innovationsclustern, sektoralen und regionalen Innovationssystemen zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft. Stuttgart-Hohenheim, Forschungszentrum Innovation und Dienstleistung, insbesondere Kapitel 5.

²⁰ Belitz, H. (2012): Internationalisierung der Unternehmensforschung: Neue Standorte gewinnen an Bedeutung. DIW Wochenbericht Nr. 18/2012; Winkler, D. (2009): Services Offshoring and its Impact on the Labour Market: Theoretical Insights, Empirical Evidence, and Economic Policy, Recommendations for Germany. Berlin und Heidelberg.

²¹ Eurostat: Euro area unemployment rate at 11.4%, EU27 at 10.5%, Euroindicators No. 138/2012, 1 Oktober 2012; Money Online: Arbeitslosigkeit

Innerhalb der Eurozone haben sich seit Ausbruch der Krise insbesondere die zuvor rasch wachsenden Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland hinsichtlich ihrer Investitionsquote deutlich verschlechtert (Abbildung 4). Im Gegenzug ist eine leichte Verbesserung bei Deutschland von einem Tiefpunkt von 17,3 Prozent im Jahr 2005 auf voraussichtlich 18,3 Prozent im Jahr 2012 feststellbar. Die großen Mitgliedsländer der Eurozone liegen gegenwärtig mit rund 20 Prozent gleichauf. Wenn die südeuropäischen Länder jetzt hinsichtlich des Wirtschaftswachstums deutlich hinter Deutschland zurückbleiben, dann sind offenbar die Investitionen dort zu einem erheblichen Teil nicht erfolgreich verlaufen (Stichwort: „Fehlinvestitionen“)²². Betrachtet man stattdessen die Verschiebungen bei den Brutto-

anlageinvestitionen innerhalb der EU sowie auch gegenüber den USA und Japan, dann zeigt sich, dass das Investitionsvolumen in den USA und Japan deutlich zurückgeht. So schrumpfte der Quotient USA/Eurozone für die USA von 141,2 Prozent im Jahr 2002 auf nur noch 106,3 Prozent im Jahr 2012 (Tabelle 2). Ein entsprechender Rückgang ist auch für Japan zu verzeichnen; der Quotient sank von 65,3 im Jahr 2002 auf zwischenzeitlich nur noch 36,5 Prozent im Jahr 2007 und ist seitdem wieder auf 54,4 Prozent gestiegen. Deutschland wird 2012 wahrscheinlich einen Anteil an den Investitionen innerhalb der Eurozone von 26,9 Prozent aufweisen. Dies wäre der höchste Wert seit 2002, nachdem in den Jahren 2007 und 2008 ein Tiefpunkt mit 22,8 Prozent erreicht worden war. Im kommenden Jahr wird sich nach Einschätzung der EU-Kommission diese Entwicklung fortsetzen. Verlierer sind dagegen die südeuropäischen Krisenländer. Dagegen zeigen die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer, die nicht Mitglied der Eurozone sind, deutliche Zugewinne gegenüber der gesamten Eurozone.

steigt auf Negativ-Rekord, 18,2 Millionen Menschen in der Eurozone ohne Job. Meldung vom 1. Oktober 2012.

22 Fehlinvestitionen sind ein Konzept der österreichischen Konjunkturtheorie von Mises und Hayek, das sich auf Unternehmensinvestitionen bezieht: Investitionen, die von Unternehmen aufgrund künstlich niedriger Zinskosten und einer nicht nachhaltigen Erhöhung der Geldmenge verursacht wurden. Sie führen letztendlich dann zu Verlusten und vorzeitigen Abschreibungen, weil sie unter veränderten Rahmenbedingungen schockartig unprofitabel werden. Selbst ein führender Keynesianer wie Axel Leijonhufvud erkannte in einer phasenweise zu expansiven Geldpolitik der Federal Reserve eine der wesentlichen Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, da sie aufgrund zu niedriger Zinsen zu einer Inflation der Vermögenspreise geführt habe. Vgl.

Leijonhufvud, A. (2009): Out of the corridor: Keynes and the crisis. Cambridge Journal of Economics Vol. 33, 741-757.

Tabelle 2

Nominale¹ Bruttoanlageinvestitionen

Eurozone = 100

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ²	2013 ²
Belgien	3,5	3,4	3,6	3,7	3,6	3,7	3,9	4,1	4,1	4,2	4,4	4,4
Deutschland	26,4	25,2	24,1	22,9	22,8	22,8	23,1	23,6	25,0	26,1	26,9	27,4
Irland	1,9	2,1	2,3	2,6	2,6	2,5	2,0	1,5	1,1	0,9	0,9	0,8
Griechenland	2,4	2,7	2,6	2,4	2,7	2,7	2,6	2,6	2,2	1,7	1,6	1,6
Spanien	12,9	14,1	14,9	15,9	16,5	16,4	15,7	14,3	13,4	12,4	11,6	11,0
Frankreich	19,0	19,2	19,5	19,8	19,7	20,1	20,7	21,3	21,6	22,3	22,8	22,8
Italien	18,5	18,2	18,2	17,9	17,4	17,0	16,6	17,0	17,5	17,1	16,9	16,9
Niederlande	6,3	6,1	5,8	5,8	5,8	5,8	6,1	6,3	5,9	5,9	5,7	5,6
Österreich	3,3	3,4	3,3	3,2	3,0	3,0	3,1	3,3	3,4	3,6	3,7	3,7
Polen	2,7	2,3	2,3	2,7	2,9	3,4	4,1	3,8	4,0	4,1	4,3	4,2
Portugal	2,4	2,2	2,2	2,1	2,0	1,9	1,9	2,0	2,0	1,7	1,5	1,5
Rumänien	0,7	0,7	0,8	1,1	1,4	1,9	2,2	1,7	1,7	1,9	2,0	2,1
Finnland	1,8	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0	2,0	2,0	1,9	2,1	2,1	2,1
Schweden	3,1	3,1	3,1	3,2	3,3	3,4	3,4	3,0	3,6	4,0	4,1	4,1
Großbritannien	19,4	17,8	18,6	18,3	18,2	18,6	15,3	13,5	14,6	13,8	14,9	15,3
Norwegen	2,5	2,3	2,4	2,8	2,9	3,3	3,3	3,4	3,6	3,9	4,3	4,4
USA	141,2	120,7	115,3	120,3	117,2	101,1	89,8	91,7	94,6	91,6	106,3	111,5
Japan	65,3	56,5	52,4	49,0	43,0	36,5	37,1	43,5	47,8	48,4	54,4	54,0

¹ Mit laufenden Wechselkursen berechnet.

² Prognose von Eurostat.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Investitionen haben sich in den USA und in Japan schwächer entwickelt als in der Eurozone.

Finanzkrise führt zum jähen Ende des Booms

Die südeuropäischen Mitgliedsländer der Eurozone trieben sich aufgrund jeweils sinkender Importnachfrage wechselseitig in die Rezession. Mit zeitlicher Verzögerung erreicht dieser Ansteckungseffekt jetzt auch die anderen Euro-Länder einschließlich Deutschland. Insbesondere die südeuropäischen Länder leiden unter einer doppelten Krise. Zum einen haben sie sowohl gegenüber den nord- und osteuropäischen Ländern sowie der übrigen Weltwirtschaft in der Dekade von 2000 bis 2010 deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren, zum anderen führte die globale Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer Schuldenkrise, da mit dem Ende des Immobilienbooms das Wachstumsmodell dieser Länder seine finanzielle Grundlage einbüßte. Der Blick auf den vom World Economic Forum herausgegebenen World Competitiveness Index²³ verdeutlicht die starke Spreizung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union (Tabelle 3).

Während die südeuropäischen Länder zunächst anscheinend durch die Einführung einer gemeinsamen Währung aufgrund historisch einmalig niedriger Zinsen zu profitieren schienen, führte diese Entwicklung letztendlich zu massiven Fehlinvestitionen, insbesondere im Immobilienbereich wie in Spanien oder Irland, und zu Konsum auf Kredit (Kasten 2). Ebenso konnten Investitionen (zum Beispiel in der Textilindustrie in Portugal)

²³ World Economic Forum (2011): The Global Competitiveness Report 2011-2012. Genf.

Tabelle 3

Rang im Global Competitiveness Index 2011-2012

Schweiz	1	Südkorea	24
Singapur	2	China	26
Schweden	3	Irland	29
Finnland	4	Estland	33
USA	5	Spanien	36
Deutschland	6	Polen	41
Niederlande	7	Italien	43
Japan	9	Portugal	45
Großbritannien	10	Zypern	47
Belgien	15	Malta	51
Frankreich	18	Slowenien	57
Österreich	19	Slowakei	69
Luxemburg	23	Griechenland	90

Quelle: WEF Global Competitiveness Report.

© DIW Berlin 2012

Die Wettbewerbsfähigkeit ist innerhalb der EU sehr unterschiedlich.

aufgrund des Standortwettbewerbs mit den Schwellenländern nicht gehalten werden.

Diese Entwicklungen machten umfangreiche Rettungsmaßnahmen der Regierungen Irlands und Spaniens notwendig, um einen Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verhindern. In der Folge kam es zu drastischen Erhöhungen der Staatsverschuldung. Wegen des Verlusts der Glaubwürdigkeit in die Solidität der Staatsfinanzen gab es trotz vieler Rettungsmaßnahmen der Mitgliedsländer der Euro-Zone eine massive Kapitalflucht aus den Krisenländern.

Wie in Ostdeutschland war auch hier das zentrale Problem eine zu rasche Steigerung der Löhne ohne parallel verlaufende Produktivitätssteigerung. Im Vertrauen auf eine Konvergenz der Einkommens- und Lebensverhältnisse waren bei Eintritt in die Eurozone Löhne und Gehälter sowie die Sozialleistungen im Vergleich zum EU-Durchschnitt überproportional angehoben worden. Allerdings fehlten hierfür die materiellen Voraussetzungen einer entsprechenden Steigerung der Produktivität.²⁴

Der kreditfinanzierte Boom der Binnennachfrage löste eine Preis-Lohn-Spirale aus, die zu einer Divergenz mit anderen Mitgliedsländern, insbesondere mit Deutschland, führte.

Diese Divergenz zeichnete sich seit dem Jahr 2006 ab, also bereits vor Ausbruch der Krise. Nur im Jahr 2011 konnten die Mitgliedsländer der Eurozone aufgrund der aufgelegten Konjunkturprogramme kurzfristig mit der wirtschaftlichen Expansion Deutschlands annähernd schritthalten. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme brach die Wachstumsdynamik wieder ein. Die Kombination aus endogener Wachstumsschwäche aufgrund mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Konsolidierungszwängen aufgrund einer *Balance-Sheet-Rezession*²⁵ führt in den Krisenländern derzeit zu einem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einmaligen Konjunkturunbruch und dramatischer Arbeitslosigkeit. Zwar bauen diese Länder derzeit ihre Leistungsbilanzdefizite ab,²⁶ dies ist aber nicht einer gestiegenen Wettbe-

²⁴ van Ark, B., O'Mahony, M., Timmer, M. P. (2008): The Productivity Gap between Europe and the United States: Trends and Causes. *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 22(1), 25-44.

²⁵ Als *Balance-Sheet-Rezession* wird eine Rezession bezeichnet, bei der es nicht zu der üblichen Schwankung der Kapazitätsauslastung der Wirtschaft kommt, sondern parallel dazu auch zu einer Bankenkrise. Koo, R. (2011): The world in balance sheet recession: causes, cure, and politics. *Real-world Economics Review*, No. 58, 12. Dezember 2011, 19-37.

²⁶ Dettmann, G., Möbert, J., Weistroffer, C. (2012): Bilateral Current Account Rebalancing in the EMU - The Link between Germany and the Eurozone Peripheral Countries. *Intereconomics*, 257-264.

Kasten 2

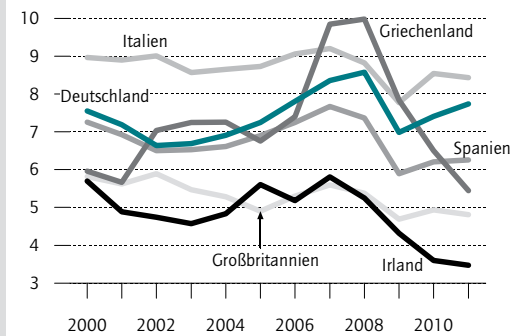
Investitionsquoten nach Investitionsarten

Die globale Investitionsquote gibt nur ein grobes Bild über die dahinterliegenden Strukturveränderungen in der Investitionsentwicklung. Insbesondere spielten zuletzt die erheblichen Unterschiede bei den Bauinvestitionen in den entwickelten Volkswirtschaften eine wesentliche Rolle. Daher werden im Folgenden die Bruttoanlageinvestitionen getrennt nach Bauten und Ausrüstungen sowie bei Bauten nach Wohnbauten getrennt ausgewiesen. Neben den großen Mitgliedsländern der Eurozone Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien wurden die drei kleineren Krisenländer Griechenland, Portugal und Irland in die Analyse miteinbezogen. Als weitere Referenzländer sind Großbritannien und die USA vertreten. Als Zeitraum wurden die Daten seit dem Millenniumswechsel bis zum Jahr 2011 herangezogen.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen weisen Irland und auch Großbritannien besonders niedrige Investitionsquoten auf (Abbildung 1). In Irland schwankten sie bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2009 zwischen 5,8 und 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Seitdem sind sie auf zuletzt 3,5 Prozent im Jahr 2011 zurückgegangen. Die Quoten Großbritanniens schwankten in den Jahren 2000 bis 2008 zwischen 4,9 und 5,9 Prozent und liegen seitdem vergleichsweise stabil bei 4,8 Prozent. Da aber die Wirtschaftsleistung Großbritanniens derzeit aufgrund einer andauernden Rezession rückläufig ist, sinken die Ausrüstungsinvestitionen auf Preisbasis des Jahres 2005 absolut. Spitzenreiter bei den Ausrüstungsinvestitionen, gemessen an der Investitionsquote, ist Italien. Dort schwankte die Quote zwischen 9,2 und 7,8 Prozent. Im Jahr 2011 lag sie bei einem mittleren Wert von 8,4 Prozent. Mithin hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die italienischen Ausrüstungsinvestitionen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung noch nicht erfasst. Allerdings ist Italiens Wirtschaft auf einem Weg in eine Rezession, das heißt auch hier sinken die Ausrüstungsinvestitionen absolut. Bei Deutschland ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Bis zum Jahr 2006 durchlief die deutsche Wirtschaft eine Phase der Wachstumsschwäche, die auch in einer niedrigen Investitionsquote bei den Ausrüstungsinvestitionen ihren Niederschlag fand. Der Tiefpunkt war mit 6,3 Prozent im Jahr 2003 erreicht. Im Jahr 2011 lag Deutschland mit 7,7 Prozent hinter Italien auf dem zweiten Rang. Bemerkenswert ist, dass Griechenland in den

Abbildung 1

Ausrüstungsinvestitionen
Anteil am Bruttoinlandsprodukt¹ in Prozent



¹ Zu Preisen von 2005.
Quellen: Ameco; Berechnungen des DIW Berlin.

Jahren vor der Wirtschaftskrise einen kurzfristigen Investitionsboom verzeichnen konnte. Von 6,8 Prozent im Jahr 2005 schossen die Werte bis zum Jahr 2008 auf zehn Prozent nach oben. Erst danach sanken sie wieder auf einen immer noch beachtlichen Wert von 5,8 Prozent. Allerdings gilt auch hier, dass in absoluten Werten aufgrund der scharfen Rezession die Investitionen in Ausrüstungen deutlich gesunken sind. Portugal und Spanien liegen hinsichtlich ihrer Ausrüstungsinvestitionsquoten im Mittelfeld. Zuletzt kamen Portugal mit 6,1 und Spanien mit 6,3 Prozent daher auch nach der Krise auf einen mittleren Platz.

Ein Blick auf die Bauinvestitionsquoten zeigt ein deutlich anderes Bild (Abbildung 2). Die derzeitigen vier Krisenländer Spanien, Irland, Portugal und Griechenland wiesen besonders hohe Bauinvestitionsquoten bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2008 auf. Besonders ausgeprägt war der Bauboom, der zu Immobilienblasen führte, in Spanien und Irland. In Portugal

werbsfähigkeit und einer Erholung der Wirtschaft mit steigendem Wachstum geschuldet, sondern Ergebnis sowohl einer breiten Kapitalflucht als auch einer Kreditklemme, die die heimische Wirtschaft weiter in die Rezession treibt.

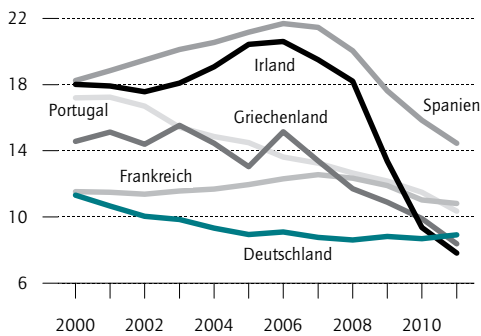
Fazit

Deutschlands Erfolg bei der Krisenbewältigung hat wesentlich strukturelle Ursachen, die nicht leicht von den anderen Mitgliedsländern der Eurozone kopiert werden können. Deutschland hatte traditionell schon immer

Abbildung 2

Bauinvestitionen

Anteil am Bruttoinlandsprodukt¹ in Prozent



¹ Zu Preisen von 2005.
Quellen: Ameco; Berechnungen des DIW Berlin.

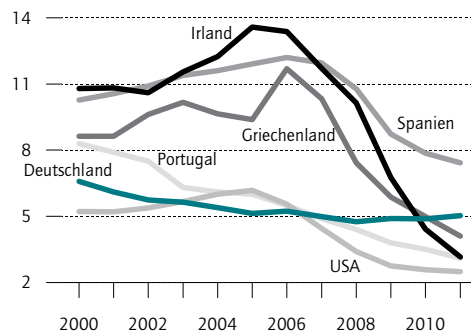
© DIW Berlin 2012

fand dieser offenbar bereits im Jahr 2000 seinen Höhepunkt mit 17,2 Prozent, der dann allmählich wieder auf einen Wert von 10,3 Prozent abebbte. Auch in Griechenland waren die Bauinvestitionen vor der Krise mit Werten um 15 Prozent überdurchschnittlich hoch. Seither hat sich die Bauinvestitionsquote nahezu halbiert. In deutlich moderaterer Form war ein Anstieg der Bauinvestitionen in Frankreich zu beobachten. In Deutschland waren hingegen die Bauinvestitionen schwach. Sie haben sich jedoch seit Ausbruch der Krise etwas nach oben bewegt. Bemerkenswert ist, dass für die USA die Bauinvestitionen insgesamt vor der Immobilienkrise keinen deutlich erkennbaren Boom, gemessen an der Bauinvestitionsquote, erkennen lassen. Allerdings ist mit Ausbruch der Subprime-Krise die Bauinvestitionsquote deutlich gesunken. Sie lag im Jahr 2011 bei nur noch 6,4 Prozent und damit am unteren Ende aller hier betrachteten Länder.

Abbildung 3

Wohnungsbauinvestitionen

Anteil am Bruttoinlandsprodukt¹ in Prozent



¹ Zu Preisen von 2005.
Quellen: Ameco; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Gliedert man bei den Bauinvestitionen die Investitionen in Wohnbauten aus, dann zeigt sich noch deutlicher bei den drei Krisenländern Spanien, Irland und Griechenland, dass es insbesondere der Boom bei den Wohnimmobilien war (Abbildung 3), der in einer Immobilienblase endete, die im Zeitraum 2006 bis 2008 platzte. Es ist daher auch kaum überzeugend, diese Entwicklungen allein auf das Platzen der Immobilienblase in den USA zurückzuführen. Allerdings führte die Finanzkrise dazu, dass sich die Finanzierungsmöglichkeiten für Immobilien in den USA und in Europa deutlich verschlechterten. Mithin hat sich der Ansteckungseffekt einer Vertrauenskrise in die Werthaltigkeit der mit Hypotheken belasteten Immobilien auch in Europa bemerkbar gemacht. Insgesamt zeigt sich, dass sich Deutschland im Bereich der Investitionen, insbesondere bei Wohnbauten, antizyklisch zu den übrigen Ländern verhält.

eine stark auf den internationalen Handel ausgerichtete Wirtschaft, die sich eng mit der gesamten Weltwirtschaft verzahnte. Aufgrund dieser besonderen Exportorientierung fiel es dem Land auch wesentlich leichter, sich nicht nur gegenüber Westeuropa und den USA

zu öffnen, sondern auch am überdurchschnittlichen Wachstum des Welthandels im Vergleich zur Weltproduktion teilzuhaben. Damit nutzte Deutschland seine Spezialisierungsmuster insbesondere im Bereich der Investitionsgüterindustrien und des Automobilbaus.

Der Herausforderung durch die sich entwickelnden Volkswirtschaften, vorwiegend zunächst in Asien und jetzt auch zunehmend in anderen Teilen der Welt wie Lateinamerika und Afrika, wurde durch eine Spezialisierung auf hochwertige wissensintensive Produkte entsprechend den Bedürfnissen dieser Länder begegnet. Durch eine Mischung aus Produktions- und Exportverlagerungen²⁷ in Länder mit großen Wachstumsmärkten und günstigen Produktionskosten für weniger wissensintensive Stufen der globalen Wertschöpfungs-

27 Belitz, H., Cornig, M., Schiersch, A. (2011): Wertschöpfung und Produktivität wieder stark gestiegen. DIW Wochenbericht Nr. 17/2011.

Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin | gerber@diw.de

kette konnten sich die Unternehmen in Deutschland aufgrund von Mischkalkulationen beim Global Sourcing diejenigen Teile der Wertschöpfung sichern, die mit den hohen Lohnkosten in Deutschland kompatibel sind. Andere Länder, die diesen Weg nicht oder nur sehr zögerlich beschritten haben, müssen derzeit die Erfahrung machen, dass ihnen aufgrund von Fehlinvestitionen ganze Wirtschaftsbereiche wegbrechen. Die dadurch entstehende Massenarbeitslosigkeit und sinkende Einkommen werden durch die akute Banken- und Staatsschuldenkrise noch verschärft. Bisher fehlt es in den Krisenländern wie auch bei der Europäischen Union an überzeugenden Konzepten zur Lösung dieser Probleme.

Harald Hagemann ist Professor an der Universität Hohenheim | hagemann@uni-hohenheim.de

GROWTH AND INVESTMENT DYNAMICS IN GERMANY AFTER GLOBAL FINANCIAL CRISIS

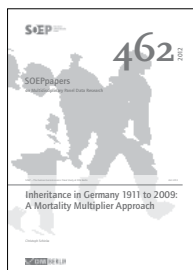
Abstract: The German economy recovered more rapidly than the majority of other developed countries from the severe slump that the global economic and financial crisis brought in its wake. Weak demand in the euro area was offset by robust growth in exports to countries outside the region. The German economy's strong competitive position on global markets, particularly on the dynamic emerging and developing markets, played a vital role here. In contrast, over the last decade, the euro area's crisis countries in particular have experienced a decline in their

competitiveness on international markets. Due to their dependence on the single European market and failure to focus on innovative products in demand on global markets, they are among the losers in the global competition for foreign direct investment. The reforms that have been introduced will not be able to generate an immediate trend reversal. Even Germany will struggle to maintain its favorable market position as global structural change and competition to attract business to the region are likely to increase in intensity.

JEL: F14, F15, F43

Keywords: Germany, Innovation, Growth, Investment

SOEP Papers Nr. 462
2012 | Christoph Schinke



Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach

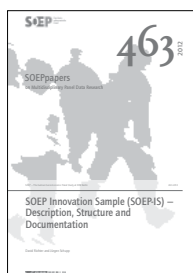
We estimate the size of inheritance and gift flows in Germany for selected years over the last century, applying the methodology used by Piketty (2011) for France and combining national accounts, tax statistics and survey data (mainly the German Socio-Economic Panel, SOEP).

The data clearly supports the finding of a U-shaped evolution. The annual flow of inheritance and gifts was almost 15% of national income in 1911 and declined to less than 2% by the middle of the last century. Over the last five decades, it has risen steadily to over 10% of national income in recent years, amounting to Euro 220 billion in 2009. The pattern is close

to the evolution in France, but at a slightly lower level. Evidence on transfers based on pure household survey data or inheritance tax statistics yields much lower values. We can decompose the gap between the taxed and the aggregate inheritance flow: controlling for valuation and tax evasion effects, the taxed flow would be at least twice as high; tax exemption effects account for the rest.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 463
2012 | David Richter and Jürgen Schupp



SOEP Innovation Sample (SOEP-IS): Description, Structure and Documentation

The SOEP Group currently is preparing in addition to increasing the size of the core SOEP, to establish a new Innovation Sample (SOEP-IS). This will be established for the period 2012 to 2017 (with a cumulative number of presumably N=5,000 households). Now, in the year 2012, a new subsample is being added for SOEP IS that will also replace the previous SOEP pretest sample. Starting with the 2013 survey, the SOEP will determine the contents of SOEP IS through a competitive refereed application process for the "best" research questions and their operationalizations, and will distribute the SOEP-IS data as part of its regular data releases.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 464
2012 | Markus M. Grabka and Ursina Kuhn



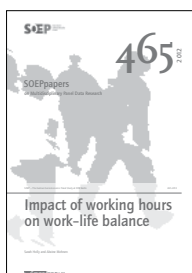
The Evolution of Income Inequality in Germany and Switzerland since the Turn of the Millennium

This paper presents and compares trends in income inequality in Switzerland and Germany from 2000 to 2009 using harmonized data from the Socio-Economic Panel (SOEP) and the Swiss Household Panel (SHP). Whereas in Germany inequality has increased substantially during this period, in Switzerland inequality in market incomes has increased only marginally and inequality in disposable incomes has decreased slightly. Economic and demographic indicators suggest that labor market participation—but not economic growth, globalization, or sectoral change—are potential explanations. The decomposition of inequality reveals the effects of

Germany's slightly older population and smaller household sizes, as well as the impact of educational expansion and government redistribution.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 465
2012 | Sarah Holly and Alwine Mohnen

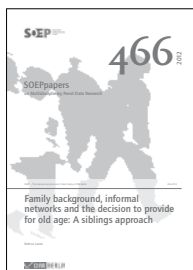


Impact of Working Hours on Work-Life Balance

To examine the influence of working hours on employees' satisfaction, this article uses a large, representative set of panel data from German households (GSOEP). The results show that high working hours and overtime in general do not lead to decreased satisfaction. Rather, increasing working hours and overtime have positive effects on life and job satisfaction, whereas the desire to reduce working hours has a negative impact on satisfaction. In 2009, nearly 60% of employees wanted to reduce their working hours. The overall number of hours by which employees want to reduce their working time is driven mainly by overtime compensation.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 466
2012 | Bettina Lamla



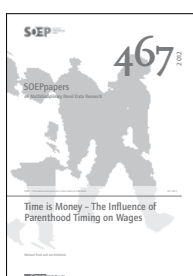
Family Background, Informal Networks and the Decision to Provide for Old Age: A Siblings Approach

In order to encourage people to take out voluntary private pensions to supplement decreasing statutory provisions Germany introduced the so-called Riester pensions. The complex design of the new product might have created entry barriers into the market helping to explain the slow adaption path in the eligible population until today. Existing empirical evidence has not properly taken into account the search and decision costs related to Riester pensions. I use information on family background in order to account for the predisposed ability to manage relevant information as well as to capture the impact of information sharing within families.

I conclude that parental erudition as well as experience in financial matters are determinants of their children's preferences and ability in financial decision making, however, omission does not seem to lead to misleading results on other coefficients. Contemporaneous as well as sequential correlations in Riester ownership between siblings are pronounced. While the former might be due to shared preferences, I take the latter as evidence for information sharing. Positive externalities help to overcome entry barriers in the Riester market by dispersing information. The family as a source of information becomes less important with time as the number of Riester owners in other social circles grows. Once a critical mass has been reached positive spillovers create a social multiplier which should result in dynamic demand for Riester contracts. Indeed official statistics exhibit increasing uptake rates among low income individuals for whom initial entry barriers were comparably high.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 467
2012 | Michael Kind and Jan Kleibrink



Time Is Money: The Influence of Parenthood Timing on Wages

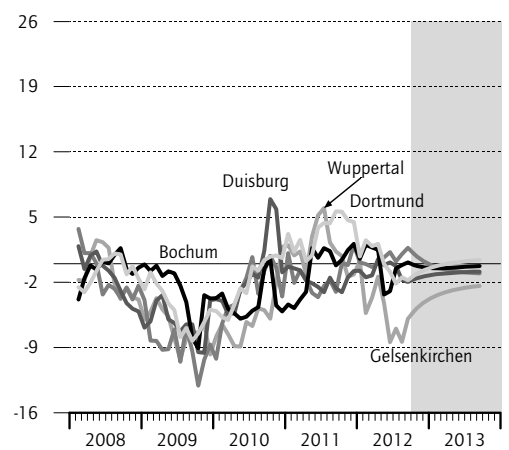
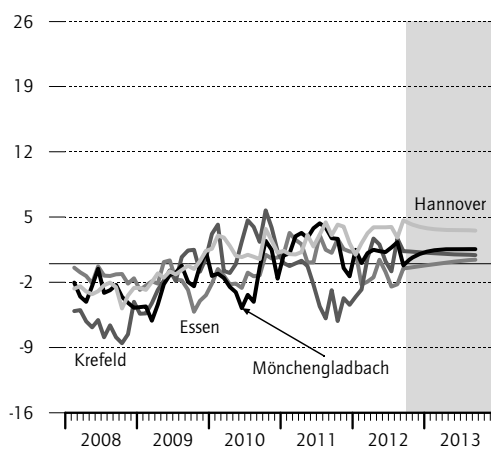
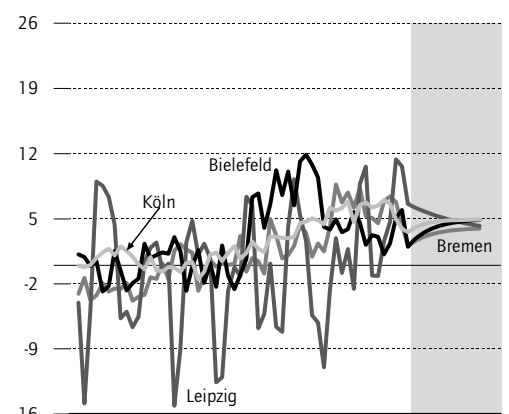
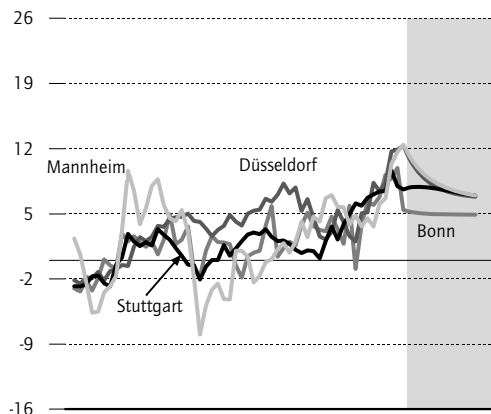
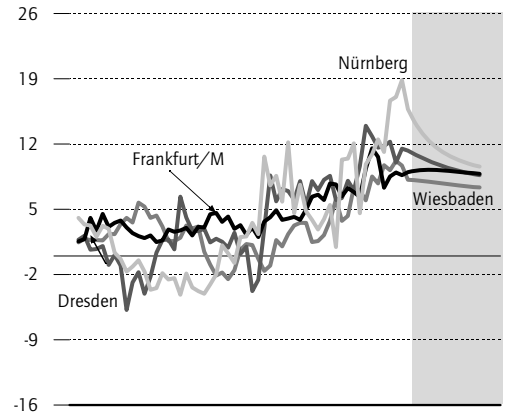
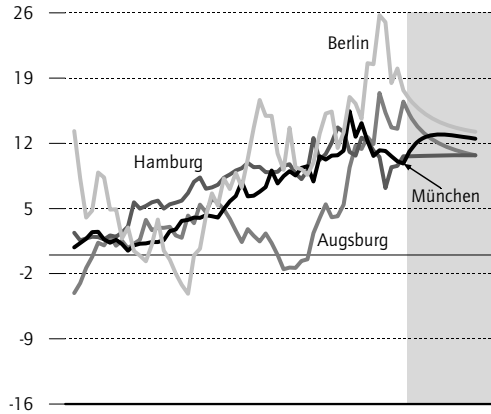
This paper studies the effect of parenthood timing on future wages. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP), we employ an instrumental variable approach to identify the causal effect of delaying parenthood on wages of mothers and fathers. Consistent with previous studies, we provide evidence for a positive delaying effect on wages. We further study the underlying mechanisms of the wage premium, paying particular attention to the relationship between career stage and fertility timing. We find that delaying parenthood by one additional year during the career implies a wage premium of 7%.

www.diw.de/publikationen/soepapers

Im DIW Wochenbericht Nr. 45/2012 wurden die Abbildung 4 auf Seite 11 mit der Abbildung 5 auf Seite 12 vertauscht. Die richtigen Versionen finden Sie auf dieser Doppelseite:

Abbildung 4

Simulation und Prognose der Wohnungspreise
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



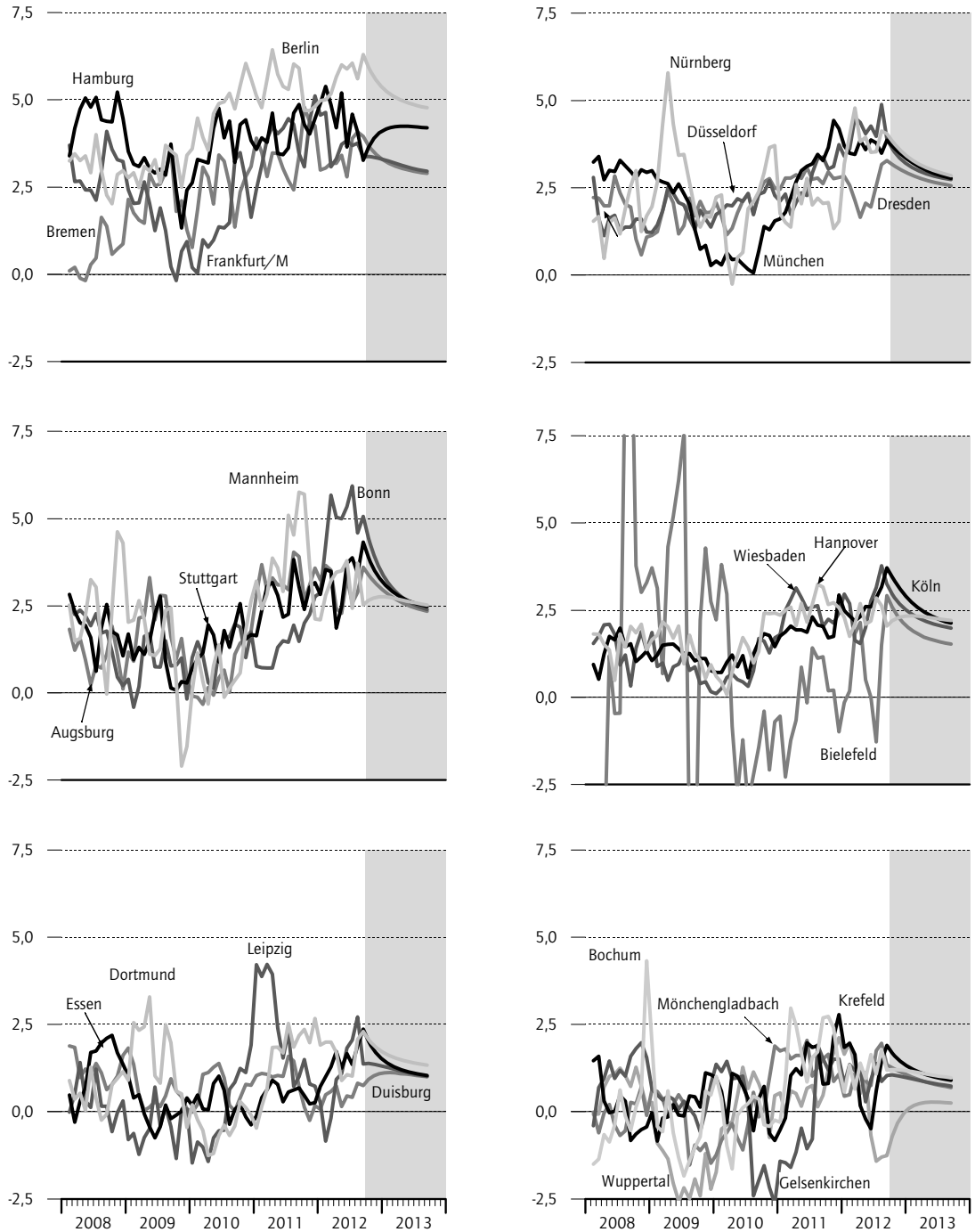
Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Der Preisanstieg wird sich in vielen Städten verlangsamen.

Abbildung 5

Simulation und Prognose der Wohnungsmieten
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

Berlin und Hamburg haben die höchsten Wachstumsraten, das Ruhrgebiet bleibt am unteren Ende.



Prof. Dr. Mechthild Schrooten, Forschungsprofessorin am DIW Berlin, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin/des Autors wieder.

Bankenkrise und staatliche Verschuldungskrise – ein Teufelskreis

Wenn Krisen zum Normalfall werden, stimmt etwas Grundlegendes nicht. Internationale Finanzmarktkrise, Bankenkrise und die im Gefolge auftretenden staatlichen Verschuldungskrisen gehen in ihr fünftes Jahr. Die hohe Frequenz unterschiedlicher Formen von Finanzkrisen in den letzten Jahren ist etwas Besonderes. Finanzkrisen in Industrieländern unterscheiden sich offenbar massiv von solchen in Emerging Markets und zeigen eine hohe Persistenz. Indes mag dies auch an der Art der Krisenbewältigung liegen.

Dabei greifen die Reformen in vielen Ländern über Ansätze zur Finanzmarktregulierung hinaus. In Europa werden neuerdings Themenfelder rund um den Fiskalpakt und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit Regulierungsüberlegungen und der endgültigen Schaffung einer schlagkräftigen europäischen Bankenaufsicht verknüpft. Tatsächlich hat sich bislang nur wenig Nachhaltiges im Bereich der Regulierung und Steuerung des Finanzsektors getan. So schien es beispielsweise angesichts der fiskalischen Folgen der internationalen Finanzkrise naheliegend, die systemische Relevanz einzelner Kreditinstitute zu reduzieren. Der Blick in den deutschen Bankensektor zeigt, dass in der Praxis offenbar genau das Gegenteil der Fall ist. Die Bilanzsumme des deutschen Bankensektors ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen und lag im August nach Angaben der Deutschen Bundesbank mit 8 768 Milliarden Euro deutlich über dem Vergleichswert von 2007. Zugleich ist die Anzahl der Kreditinstitute gesunken. Schon dieses einfache Beispiel zeigt, dass zumindest in Deutschland die Banken im Durchschnitt immer größer werden.

Als der deutsche Bankensektor in den Sog der internationalen Finanzkrise geriet, waren massive staatliche

Interventionen notwendig, um einzelne ins Straucheln geratenen Institute vor der Insolvenz zu retten. Die damals als notwendig erachteten und in unterschiedlichen Formen zugesagten staatlichen Mittel überstiegen das Eigenkapital des gesamten Geschäftsbankensektors. Eine dünne Eigenkapitaldecke kann über die Hebelwirkung des Eigenkapitals dessen Rendite positiv beeinflussen. Tatsächlich war die Eigenkapitalrendite im Bankensektor im Zuge der internationalen Finanzkrise nur kurzzeitig eingebrochen. Diese kurzzeitigen Verluste wurden nur deshalb als „systemgefährdend“ begriffen, weil sie nicht durch entsprechende Eigenkapitalmittel der betroffenen Institute aufgefangen werden konnten. Mit der Bilanzsumme der Institute ist in den letzten Jahren zwar auch das Eigenkapital gestiegen; der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme ist jedoch konstant geblieben.

Der fiskalische Handlungsspielraum zur Krisenfinanzierung sinkt. In Europa wird ein weiteres Anwachsen der Staatsverschuldung in Zukunft durch den Fiskalpakt erschwert. Weit weniger rigoros sind dagegen die staatlichen Vorgaben gegenüber dem Finanzsektor. Hier muss unbedingt nachgelegt werden. Denn in den letzten Jahren konnten die Finanzintermediäre im Windschatten staatlicher Verschuldungskrisen segeln und von eigenen Problemen ablenken. Es ist dringend geboten, die zur Stabilisierung der Erwartungen notwendige Spielregelsetzung gegenüber den Finanzintermediären zu verschärfen. Die Frage nach der Verlagerung der Finanzmarkt-aufsicht auf die europäische Ebene ist angesichts der operativen Probleme eher nachgeordnet. Die Politik darf hier nicht kneifen. Sonst könnten Krisen zum Normalfall werden, weil etwas Grundlegendes nicht stimmt.